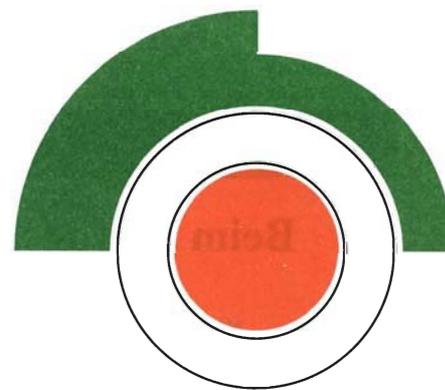


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 5



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 30. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 16.3.1999

WORT UND WIDERWORT

Begünstigt das Bahnangebot den Umstieg vom Auto auf die Schiene?

Das Bahnverkehrsangebot sei bei weitem nicht in der Lage, alle Mobilitätswünsche angemessen zu erfüllen. Wichtig sei, die jeweiligen spezifischen Stärken und Schwächen von Bahn und Pkw zu berücksichtigen. Die Verkehrspolitik der SPD-Landtagsfraktion zeichne sich durch Berücksichtigung eines partnerschaftlichen Miteinanders der verschiedenen Verkehrsträger aus, um in der Summe den Bürgern größtmögliche Mobilität zu ermöglichen. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Heinz Hunger**. Der CDU-Abgeordnete **Günter Langen** betont, um das verkehrspolitische Ziel des Umstiegs zu fördern, werde es in Zukunft darauf ankommen, Strecken mit hohen Fahrgastpotentialen, vor allem im Berufsverkehr, zu stärken. Solange die Fahrgäste auf den Hauptstrecken an Rhein und Ruhr (RE 1 und RE 11) erwarten müßten, nur mit Mühe einen Stehplatz zu ergattern, werde die Entscheidung für den Umstieg eher negativ ausfallen. Der GRÜNE-Abgeordnete **Peter Eichenseher** unterstreicht, 70 Prozent aller Bahnkunden seien „preissensibel“ und reagierten sehr deutlich auf Preiserhöhung und Zuschläge. Die Ausdünnungen des zuschlagfreien InterRegio-Angebots seien deshalb höchst schädlich für die Akzeptanz der Bahn im Regional- und Berufsverkehr. Eine der größten Hürden für den Umstieg vom Auto auf den Öffentlichen Personennahverkehr sei die mangelnde Information über das bestehende Angebot. (Seite 2)

Bedauern über Hepatitis-B-Infektionen im Klinikum

Chefarzt wurde nicht untersucht

Trotz umfassender Kontrollen des medizinischen Personals des Klinikums seien in der Herzchirurgie zwei Personen nicht regelmäßig untersucht worden, darunter der Chefarzt. Darauf verwies Wissenschaftsministerin **Gabriele Behler** (SPD).

In ihrer Antwort auf eine Dringliche Anfrage von **Horst-Dieter Vöge** (SPD) zu Hepatitis-B-Infektionen im Klinikum Aachen, wo sich 13 Patienten mit dem Virus angesteckt hatten, erklärte die Ministerin am 10. März im Landtag, das Klinikum räume ein, daß auch weitere beamtete Ärzte nicht untersucht worden seien und bedauere dies ausdrücklich. „Und diesem Bedauern kann ich mich nur anschließen“, folgerte Frau Behler. Warum es zu dieser Lücke gekommen sei, könne noch nicht abschließend gesagt werden. Sie sei aber zwischenzeitlich vom Klinikum Aachen geschlossen worden.

Die Ministerin betonte, das Krankenhaus sei nach Unfallverhütungsvorschrift in Verbindung mit dem Arbeitsschutzgesetz verpflichtet, Maßnahmen zum Schutz seiner Mitarbeiter vor Infektionen zu ergreifen, z. B. HBV-Tests oder -Impfungen.

Auf eine Zusatzfrage von **Rudolf Henke** (CDU), ob Land oder Universitätskliniken

bisher die Möglichkeit gehabt hätten, einen Arzt, der eine ihm empfohlene Impfung gegen Hepatitis B abgelehnt habe, vom Einsatz als Operateur auszuschließen, antwortete **Gabriele Behler**: „Ja, diese Möglichkeit besteht.“



Düstere Wolken

Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

Die Woche im Landtag

Schlagabtausch

Die Debatte über die Verwaltungsmodernisierung brachte den ersten parlamentarischen Schlagabtausch zwischen Regierungschef und neuem CDU-Oppositionsführer. (Seite 3)

Mediengesellschaft

An der Schwelle zum digitalen Zeitalter stehen Entscheidungen von erheblicher Bedeutung für die Mediengesellschaft an. (Seite 6)

Ernst Gnoß

Der Landtag gedachte des ersten Landtagspräsidenten **Ernst Gnoß**, der vor fünfzig Jahren in Davos gestorben ist. (Seite 8)

Landesvertretung

Die Frage, ob die Landesvertretung in Berlin neu gebaut oder in angemieteten Räumen untergebracht werden soll, beschäftigte den Hauptausschuß. (Seite 9)

Gewaltaktionen

Nachfrage im Innenausschuß: Warum erlaubte die Düsseldorfer Polizei den freien Abzug der gewalttätigen kurdischen Konsultatsbesetzer? (Seite 15)

Aufbau

Nach beiden Weltkriegen hat sich **Johannes Gronowski** am Aufbau der neuen Staatsordnungen beteiligt. Vor 125 Jahren wurde er geboren. (Seite 17)

WORT UND WIDERWORT

Beim Personennahverkehr der Bahn bleiben Wünsche offen

Von
Heinz Hunger

NRW ist das Bahnland in Europa. Die Bahnverkehrsleistungen als Ergebnis von Angebot und Nachfrage in unserem Land liegt auf hohem Niveau, was davon zeugt, daß der Umstieg auf die Bahn heute schon sehr umfangreich praktiziert wird.

Dennoch ist das Bahnverkehrsangebot bei weitem nicht in der Lage, alle Mobilitätswünsche angemessen zu erfüllen. Wichtig ist, die jeweiligen spezifischen Stärken und Schwächen von Bahn und Pkw zu berücksichtigen. Die Verkehrspolitik der NRW SPD-Landtagsfraktion zeichnet sich durch Berücksichtigung eines partnerschaftlichen Miteinanders der verschiedenen Verkehrsträger aus, um in der Summe größtmögliche Mobilität den Bürgern unseres Landes zu ermöglichen.

Die Attraktivität der Schiene ist vor allem dort gegeben, wo die jeweilige Wegstrecke zuverlässiger, schneller, bequemer und kostenangemessener zurückgelegt werden kann. Dies so oft wie möglich durch die Bahn zu erreichen ist ein

SPD: Wir setzen auf Partnerschaft der verschiedenen Verkehrsträger

Ziel unserer Verkehrspolitik. Hierzu fördern wir umfangreich die DB AG, die Verkehrsverbünde und die kommunalen Verkehrsbetriebe:

Schienefahrzeuge sind in hoher Zahl erneuert worden und zeigen sich heute in ansprechendem, modernem Design und praktischer Ausstattung. Niederflurfahrzeuge erleichtern den Einstieg für alle Fahrgäste. Kommunale Ordnungspartnerschaften und gezielte Ordnungsinitiativen der Bahnbetreiber erhöhen den Service, die Sicherheit und die Sauberkeit im Bahnbetrieb. Attraktive Bahnhöfe als „lebendige Eingangstore zur Stadt“ sowie ansprechende Fahrgastunterstände werden in Kooperation mit privater Unterstützung finanziert. Die bessere Verknüpfung zwischen Individualverkehr und ÖPNV erfolgt über vielfältige Park-and-Ride-Anlagen.

Rechnergesteuerte Betriebsleitsysteme und Vorrangschaltung sowie separate Schienentrassen beschleunigen den schienengebundenen Verkehr, machen ihn pünktlicher und zuverlässiger. Auch die Tarifsystematik und der Fahrkartenerwerb ist kein außerordentliches Zugangsergebnis für die Schiene. Ein landesweites einheitliches NRW-Ticket wird erarbeitet. Die Tarifangebote reichen von Job- und Semesterticket bis zu attraktiven Kombitickets, bei denen Eintrittskarten von Messen, Ausstellungen, Kongressen, Sportveranstaltungen, Theatern, Konzerten, Museen etc. gleichzeitig Fahrausweise für Busse und Bahnen sind.

Von
Günter Langen

Die Bahnreform, die von der CDU/CSU geführten Bundesregierung in der 13. Legislaturperiode auf den Weg gebracht wurde, schafft heute und in Zukunft die Voraussetzungen, daß die Schiene im Güter- und Personenverkehr an Boden gewinnen kann.

Trotzdem muß man erkennen, daß der Personenverkehr der Bahn zur Zeit die wachsende Nachfrage nach Mobilität weniger als andere Verkehrsträger befriedigen kann. Dies trifft insbesondere auf den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) der DB-AG zu, in dem die Verkehrsleistungen 1997 um 4% abnahmen.

Günstig entwickelt sich dagegen der Fernverkehr mit schnellen ICE-Verbindungen. Die Ausweitung des Angebotes auf den Hochgeschwindigkeitsstrecken wird insbesondere Geschäftsreisende zum Umstieg vom Auto und vom Flugzeug auf die Bahn bewegen können. Es wird in Zukunft aber verstärkt darauf ankommen, die Transportkette übersichtlicher und kundenfreundlicher zu gestalten.

CDU: Die Bahn muß noch besser werden

ten. Z.B. sollten Park- & Rail-Angebote ausgeweitet und auch kostengünstiger gestaltet werden. Bei der Gestaltung von Angeboten, wie dem „Schönen-Wochenende-Ticket“, wird die Bahn verstärkt darauf achten müssen, daß sie Kunden nicht vergrault, die dann wieder auf das Auto umsteigen.

Um das verkehrspolitische Ziel des Umstiegs zu fördern, wird es in Zukunft darauf ankommen, Strecken mit hohen Fahrgastpotentialen, vor allem im Berufsverkehr, zu stärken. Solange die Fahrgäste auf den Hauptstrecken an Rhein und Ruhr (RE 1 und RE 11) morgens und abends erwarten müssen, nur mit Mühe einen Stehplatz zu ergattern, wird die Entscheidung für den Umstieg eher negativ ausfallen.

Die Bahn muß ihre Wagenkapazität ausweiten und insbesondere im Bereich Pünktlichkeit besser werden. Die teilweise haarsträubenden Verspätungen und Zugausfälle der jüngsten Vergangenheit haben viele Kunden bewegt, der Bahn wieder den Rücken zu kehren.

Die Ausgaben des Landes, die 1999 für den gesamten ÖPNV 3,6 Mrd. Mark betragen werden, werden voraussichtlich in den nächsten Jahren nicht weiter erhöht. Rot-grüne Verkehrspolitiker werden erkennen müssen, daß sich nicht beides machen lassen wird: Schienenangebote in jedem Winkel des Landes und gleichzeitig die Erschließung von Umstiegspotentialen auf den Hauptstrecken.

Von
Peter Eichenseher

Die Bahn ist im Vergleich zum Auto zweifellos das umweltfreundlichere Verkehrsmittel. Für die individuelle Verkehrsmittelwahl der Mehrheit sind jedoch neben diesem „Umweltbonus“ der Bahn andere Kriterien wichtiger. Entscheidend sind die Reisezeit im Vergleich zum Auto, das Preis-Leistungs-Verhältnis, die Pünktlichkeit, Reisekomfort und ein einfaches Tarifsystem.

Beispiele wie die Strecke Bielefeld—Lemgo zeigen, daß spürbare Leistungsverbesserungen auch spürbare Umsatzsteigerungen zur Folge haben, wenn diese Kriterien als Maßstab für die Bahnmodernisierung angelegt werden. Auf verschiedenen Bahnstrecken in Nordrhein-Westfalen, die durch Modernisierung und neue Betriebskonzepte beschleunigt wurden, sind mit der Einführung des Integralen Taktfahrplans in NRW erhebliche Fahrgastzuwächse von bis zu 30 Prozent zu verzeichnen.

Der ÖPNV-Bedarfsplan NRW sieht eine Vielzahl weiterer Modernisierungs- und Beschleunigungsmaßnahmen im gesamten Netz des Schienenpersonennahverkehrs vor. Insbesondere der große Nachholbedarf für zahlreiche Bahnstrecken im ländlichen Raum hinsichtlich der Modernisierung, Beschleunigung und Erschließungsqualität wird damit berücksichtigt.

Das Planungs- und Bautempo der Bahn AG muß allerdings erheblich gesteigert werden, damit diese Verbesserungen und Investitionen, die die

GRÜNE: Kunden sind preissensibel

Land mit rund einer Milliarde Mark pro Jahr bezuschußt, in den nächsten Jahren auch zügig umgesetzt werden.

70 Prozent aller Bahnkunden sind „preissensibel“ und reagieren damit sehr deutlich auf Preiserhöhung und Zuschläge. Die Ausdünnungen des zuschlagfreien InterRegio-Angebots ist deshalb höchst schädlich für die Akzeptanz der Bahn im Regional- und Berufsverkehr. Die „Auffanglösung“ des Landes NRW hat zwar die schlimmsten Auswirkungen dieser InterRegio-Kürzungs-Pläne der Bahn AG kompensieren können. Jedoch bleiben gefährliche Lücken wie zum Beispiel zwischen Hamm — Gütersloh — Minden, die Fahrgastverluste befürchten lassen.

Eine der größten Hürden für den Umstieg vom Auto auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ist die mangelnde Information über das bestehende Angebot. Ein modernes ÖPNV-Angebot braucht deshalb eine Informations- und Marketing-Offensive. Solange der Informationsstand vieler Autofahrer über das ÖPNV-Angebot unzureichend ist, werden sie nicht umsteigen und die Vorteile, die das heutige Bahnangebot bereits bietet, nicht entdecken.

Im Sommer 1998 konnten durch die landesweite Aktion „Umdenken — Umsteigen, Neue Mobilität für NRW“ viele neue Dauerkunden für den ÖPNV gewonnen werden. Weit über 50 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wollten nach der Aktion Zeitkarten für den ÖPNV kaufen.

Die notwendige Verkehrswende ist nicht durch Appelle oder Druck von außen zu erzielen, sondern durch Verbesserung des Leistungsangebots zu erzielen. Der Wettbewerb im ÖPNV spielt hierbei eine entscheidende Rolle. Zudem sind begleitende Maßnahmen der Kommunen sinnvoll und notwendig. Parkraumbewirtschaftung und die verkehrsplannerische Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs in unseren Städten tragen nicht nur erheblich zu Verbesserung der Lebensqualität in unseren Städten bei, sondern auch zur Stärkung des ÖPNV.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) sprach von Rekordzeit und zählte vier Reformfelder auf: Aufgabenkritik, Binnenmodernisierung der Behörden, Optimierung des Verwaltungsaufbaus sowie Unterstützung der Kommunen. Noch vor der Sommerpause solle ein zweites Paket vorgelegt werden. Budgetierung und dezentrale Ressourcenverwaltung seien genauso wichtig wie Teamfähigkeit und flachere Hierarchien. Für kommunale Wirtschaftstätigkeit genüge künftig ein öffentlicher Zweck. Bei Energie- und Wasserversorgung, Personenverkehr und Telekommunikation sei sie gleichberechtigt mit der Privatwirtschaft. Bei Abfall und Abwasser und bei Messen könnten Kommunen über ihre Grenzen hinaus tätig werden. Konflikte werde es nicht mit dem Handwerk, sondern mit internationalen Konzernen geben. Die Experimentierklausel erlaube ferner, von Grundregeln der Gemeindehaushaltsordnung abzuweichen. Die Höhe von Gebühren könne in eigenen Satzungen bestimmt werden. Mehr Eigenverantwortung soll es bei der Gewährung von Sozialhilfe und bei den Rettungsdiensten geben.

Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD), Fraktionsvorsitzender, betonte die zentrale Aufgabe, Beschäftigung zu schaffen und zu erhalten. Im ersten Gesetzentwurf gehe es nicht um die Landschaftsverbände, sondern um den Auftrag, die Mittelinstanzen zu überprüfen. Im Ruhrgebiet solle das überkommene Gemeinsame mit allen Repräsentanten organisiert werden. Betriebsbedingte Kündigungen solle es nicht geben.

Franz-Josef Britz (CDU) hielt dagegen, die neuen Vorstellungen zur Wirtschaftstätigkeit der Kommunen seien gegen die Interessen der Beschäftigten und des Mittelstands gerichtet. Der Widerstand sei berechtigt. Der falsche Anfang des neuen Ministerpräsidenten, Ministerien zu straffen, habe mit einer Niederlage geendet. Ein Scherbenhaufen drohe auch bei der Reform der Mittelebene. Die Auflösung der Landschaftsverbände stärke die Macht der Landesregierung. Im Hinblick auf Europa kämen nur drei NRW-Regionen in Frage: Rheinland, Westfalen und Ruhrgebiet.

Ewald Groth (GRÜNE) bemerkte, erst mit grüner Beteiligung finde die Regierung die Kraft zum Handeln. Bundesweit hätten NRW-Kommunen die größten Freiheiten. Flexibleres Haushaltsrecht sei sinnvoll. Beratungsbedarf hätten die GRÜNEN noch bei der Bürgerbeteiligung, beim Rettungsdienstgesetz und bei kommunaler Wirtschaftstätigkeit. Klare Grenzen zwischen Kommunalwirtschaft und Unternehmen seien nicht gelungen.

Laurenz Meyer (CDU), Fraktionsvorsitzender, warf der Landesregierung vor, Mitbestimmung ihrer Arbeitnehmer zu mißachten und die Beschäftigten vor vollendete Tatsachen zu stellen. Mit gespaltener Zunge rede der Ministerpräsident, draußen anders, als dann beschlossen werde. Diese Pläne sollten zurückgezogen werden.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) betonte, den Kommunen werde angeboten, ihre Aufgaben selbst zu bestimmen. Das sei kein Verstaatlichen. Er habe einen Fehler gemacht, aber er trage dafür die Verantwortung, sagte Clement unter Bezug auf

Erstes Gesetz zur Verwaltungsreform

Freiräume für kommunales Wirtschaften

Die Einbringung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung (Drs. 12/3730) durch Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) im Landtag am 10. März nutzten Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) und CDU-Fraktionsvorsitzender Laurenz Meyer zu einem Schlagabtausch über den Rücktritt des Justizministers Reinhard Rauball. Beim Modernisierungsgesetz sahen Koalitionsredner noch Beratungsbedarf. Oppositionssprecher fürchteten um die Existenz von Kleinbetrieben.



Änderungen zu 18 Gesetzen und Verordnungen erläuterte Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD, l.) bei der Einbringung des Entwurfs zur Verwaltungsmodernisierung; SPD-Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Manfred Dammeyer (2. v. l.) befürwortete mehr kommunale Spielräume; Franz-Josef Britz (CDU, 2. v. r.) plädierte für drei NRW-Regionen; Ewald Groth (GRÜNE) sah Nachbesserungsbedarf. Fotos: Schälte

den Rücktritt des Justizministers. Bei der Wirtschaftstätigkeit der Kommunen gehe es darum, Versorgungseinrichtungen für Energie, Umwelt, Wasser und Verkehr nicht vor die Hunde gehen zu lassen. Er rede intern so wie öffentlich. Ein fairer Wettbewerb zwischen Kommunen und kleinen Unternehmen solle ermöglicht werden. Viele Handwerksbetriebe seien auf Stadtwerke angewiesen.

Öffentliche Anhörung

Zum Entwurf des 1. Gesetzes zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in NRW führt der Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform (Vorsitzende Renate Drewke, SPD) am 28. April eine ganztägige öffentliche Anhörung durch.

Laurenz Meyer (CDU), Fraktionsvorsitzender, forderte, Clement solle sich erst einmal bei der Opposition entschuldigen, und kritisierte ihn, folgenlos die Übernahme von Verantwortung für Fehler zu erklären. Während er sich mit Querelen herumschlage, passiere draußen nichts. Sein sorgsam aufgebautes Image habe er selbst kaputtgemacht.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) antwortete, über Verantwortung entschieden in einer Demokratie die Wahlen. Mit 3,5 Milliarden Mark werde der Mittelstand bei der jetzigen Bonner Reform begünstigt wie noch nie.

Jürgen Thulke (SPD) sagte zum Modernisierungsgesetz, die SPD wolle den Kommunen den größtmöglichen Spielraum einrichten und erwarte eine konstruktive Auseinandersetzung. Nach 81 Modellversuchen zur Experimentierklausel sei der Weg richtig. Anstelle des Ausländerbeirats werde ein Ausschuß für Zuwanderung und Integration gebildet. Bei einer Alternative zum Hauptausschuß gebe es noch Beratungsbedarf. „Finanzströme folgen den Ausgaben“, müs-

se bei der Sozialhilfe gelten. Die Konfliktlinie bei kommunaler Wirtschaft sei einfach. Kommunale Betriebe wollten neue Tätigkeitsfelder für Beschäftigung und Umsatz. Wirtschaft und Handwerk wollten dies möglichst eindämmen oder verhindern. Ein Mittelweg müsse gefunden werden. Die EU-Liberalisierung der Energiewirtschaft zwingen zum Handeln. Fragen gebe es noch zu Marktanalysen, kommunalem Wohnungsbau und zur Nachrangigkeit der Aktiengesellschaften.

Ewald Groth (GRÜNE) sprach sich gegen unbegrenzte Möglichkeiten für die kommunalen Unternehmen aus. Der Gesetzentwurf müsse hierzu dringend nachgebessert werden. Die Koalition sei für Anregungen der CDU offen.

Hans Krings (SPD) hielt das CDU-Modell von drei Mittelbehörden für völlig daneben. Bei Regionalisierung aller Landesaufgaben würden staatliche und kommunale Verwaltung vermischelt. Nach der Beratung in den Fachausschüssen solle ein Dialog stattfinden, der schmerzhaft werde. „Wir sind viel flexibler, als Sie sich vorstellen“, sagte Krings.

Christian Weisbrich (CDU) hielt den Inhalt des Entwurfs für einen Verschiebepbahnhof zu Lasten des selbständigen Mittelstands, für eine zentrale Weichenstellung, wie sie die Wirtschaftspolitik nur selten erlebe. Privatisierung sei gute Medizin gegen satte Bequemlichkeit und Nestauspulstung. Kommunale Betriebe trügen kein Konkursrisiko. Das Kapital stamme aus Steuermitteln. Die Änderung sei ein grobes Foul an Handwerk und Freiberuflern und werde Consulting- und Reisebüros, Kfz-Werkstätten, Bauunternehmen, Spediteure, Gaststätten treffen. Statt auf Kernaufgaben konzentriert sollten öffentliche Unternehmen saniert werden. Kommunale Unternehmen würden steuerzahlenden Bürgern die Arbeit wegnehmen. Die Expansionsgelüste der Oberbürgermeister müßten gestoppt werden.

Aktuelle Stunde I

Mitbestimmung in Europa macht Arbeitsplätze hier ein Stück sicherer

Anfang März hat das Bundesverfassungsgericht (BVG) über die besondere Form der Mitbestimmung in (ehemals) montan geprägten deutschen Unternehmen geurteilt. Dieser Spruch des Gerichts war für die SPD-Fraktion im Landtag Grund, im Rahmen einer Aktuellen Stunde am 10. März den Landtag über „Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf europäischer Ebene sichern – Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1999 zur Mitbestimmung im Montanbereich“ debattieren zu lassen.

Loke Mernizka (SPD) erinnerte daran, es sei der Montanmitbestimmung zu verdanken, daß der sozialverträgliche Umbau der Konzerne und der notwendige Strukturwandel bewältigt werden konnte. Wenn sich jetzt die Konzerne aus der Montanmitbestimmung „davonstehlen“ wollten, dann könne er ein gewisses Unbehagen nicht verhehlen. Es gebe für die Politik dringenden Handlungsbedarf, weil es nach Auffassung der SPD jetzt erforderlich sei, Mitbestimmung und Betriebsverfassung als Element der sozialen Marktwirtschaft im europäischen Binnenmarkt zu verankern. Dafür sei Akzeptanz für Mitbestimmung in Europa zu schaffen, es müsse hier erkannt werden, „daß es sich bei der Mitbestimmung um ein kooperatives Führungsmodell handelt, welches dann Leitbild einer europäischen Unternehmenskultur sein kann, wenn sie sich als fähig erweist, wirtschaftliche und soziale Interessen angemessen zum Ausgleich zu bringen und damit auch die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen stärkt“.

Hermann-Josef Arentz (CDU) sah keinen Unterschied in der Auffassung seiner Fraktion zu der der SPD. Für die Union sei die Mitbestimmung unverzichtbarer Kernbestandteil der sozialen Marktwirtschaft. Davon werde man nicht abgehen, „unabhängig davon, welche Prozesse der wirtschaftlichen Entwicklung oder der Globalisierung vor uns stehen“. Arentz erinnerte daran, die Mitbestimmung sei 1951 von der Bundesregierung unter Konrad Adenauer eingeführt worden, der sie als Instrument zur sozialen Befriedung angesehen habe. Der sozialpolitische Sprecher der CDU hielt es ebenfalls für angebracht, „daß wir uns auch über die Sicherung von Mitbestimmungsrechten auf der europäischen Ebene verstärkt Gedanken machen müssen, weil wir sonst einen Prozeß der Erosion der Mitbestimmung erleben müssen“. Europaweit gebe es erhebliche Differenzen bei der Arbeitnehmermitbestimmung, fuhr er fort und verlangte zu versuchen, dies durch Mindeststandards auf europäischer Ebene zu harmonisieren. Die würden sicherlich nicht den deutschen Standards entsprechen, aber man müsse verhindern, „daß dieses

harmonisierte Recht der Europa-AG dazu führt, daß es ein Ausschleichen aus der deutschen Mitbestimmung durch die Hintertür gibt“.

Daniel Kreutz (GRÜNE) urteilte: „Es geht um die Zukunft der Mitbestimmung überhaupt – in Deutschland und in Europa“. Es gehe auch um die alte Grundsatzfrage, „ob das Wirtschaftsgeschehen in demokratisch verfaßten Gesellschaften auch weiterhin ein demokratiefreier Raum bleiben soll oder wir in Deutschland und Europa die Kraft finden die Demokratie endlich zu vollenden, indem die staatlich-politische um die Wirtschaftsdemokratie ergänzt wird“. Das BVG-Urteil fordere alle politischen Kräfte heraus, „für zukunftsfähige Weichenstellung bei der Mitbestimmung zu streiten, ohne die ein demokratisches und soziales Europa nicht vollendet werden kann“.

Arbeitsministerin Ilse Brusis (SPD) war für historische Korrektheit: Adenauer habe sich die Mitbestimmung, gegen die er war hart bringen lassen. Aber es sei richtig die CDU habe auch ihre Verdienste für die Montanmitbestimmung. Die Landesregierung stimme der Meinung zu, daß die Montanmitbestimmung aus dem Verfahren beim BVG gestärkt hervorgehe, auch wenn eine Detailregelung des Montanmitbestimmungssicherungsgesetzes aus dem Jahr 1988 für verfassungswidrig erklärt wurde. Von diesem Einzelfall abgesehen, seien die weitreichenden Regelungen dieses Gesetzes durch das BVG als verfassungsgemäß angesehen worden; das Gericht habe auch die Montanmitbestimmung positiv gewürdigt. Darum sei das Urteil in rechtlicher und politischer Hinsicht unangenehm aus Sicht der arbeitenden Menschen als ganz überwiegend positiv anzusehen betonte die Ministerin.

Rauballs Rücktritt

Eine Woche nach seiner Ernennung und einen Tag vor seiner Vereidigung ist der neue nordrhein-westfälische Justizminister Dr. Reinhard Rauball (SPD) überraschend von seinem Amt zurückgetreten. Rauball hatte sein Amt niedergelegt, weil er mit einem Disziplinarverfahren rechnet. Der Rechtsanwalt und Notar hatte es 1994 versäumt, die Übernahme eines Aufsichtsratsmandats beim zuständigen Oberlandesgericht in Hamm anzumelden. Dazu ist er nach der Bundesnotarordnung verpflichtet. Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) will nach dem Rücktritt des Dortmunder Juristen das Justizressort zunächst selbst leiten. Er werde einen Nachfolger für Rauball in überschaubarer Zeit ernennen, erklärte der Regierungschef am vergangenen Dienstag vor der Presse in Düsseldorf.

Professor Dr. Manfred Dammeyer, SPD-Fraktionsvorsitzender, plädierte dafür, Einfluß auf europäische Entscheidungen zu nehmen; wenn es nicht gelinge, daß Belegschaften an Fusionen beteiligt sowie Mitbestimmung und die Beteiligung der Gewerkschaften geregelt werden, „dann haben wir verloren“. Er spreche sich dafür aus, „die Diskussion auf einer breiteren Ebene zu führen und darauf hinzuwirken, daß qualifizierte Mitbestimmung ein Prinzip sein muß, das dem Zusammenhalt europäischer Unternehmen in einem zusammenwachsenden Europa Mitbestimmung einräumt“.

Werner Bischoff (SPD) machte auf die Auswirkungen europäischer Regelungen aufmerksam: Die könnten das Land unmittelbar betreffen. Es sei also wichtig, daß die Bundesregierung in der Zeit ihrer EU-Präsidentschaft in Sachen Mitbestimmung in Europa einen Schritt nach vorn tue. Er, Bischoff, halte die Mitbestimmung für einen deutschen Standortvorteil; dieser deutsche „Exportartikel“ sollte in Europa seine Wirkung entfalten. Das trage dazu bei, daß Arbeitsplätze hierzulande im Fall internationaler Entscheidungen sicherer würden.

Daniel Kreutz (GRÜNE) schlug zum Schluß vor, man wäre allesamt gut beraten, die Diskussion über Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie wieder aufzunehmen – auch wenn der herrschende Zeitgeist dies derzeit als eine „etwas schmutzige und anrüchige Veranstaltung erscheinen“ lasse.



Festhalten an der bewährten deutschen Form der Mitbestimmung, auch im europäischen Rahmen (v.l.): Loke Mernizka (SPD), Hermann-Josef Arentz (CDU), Daniel Kreutz (GRÜNE) und Ministerin Ilse Brusis (SPD).

Fotos: Schälte

Heinz Paus (CDU) nannte es ein Ärgernis, daß Öcalan in Rom wieder freigelassen worden sei, daß die Bundesregierung keinen Auslieferungsantrag gestellt habe, weil sie Gewalttaten der in Deutschland lebenden 11 000 aktiven PKK-Anhänger und Probleme mit 500 000 Kurden befürchtete. Daß der Staat auf Strafverfolgung eines terroristischen Chefs verzichte, aber Falschparkern mehrere hundert Mark abnehme, werde nicht verstanden. Das PKK-Verbot müsse auch durchgesetzt werden. Daß Landtagsabgeordnete Demonstrationen mit PKK-Propaganda anmeldeten, sei ihm unverständlich. Wenn der oberste NRW-Verfassungsschützer Verfolgung von Straftaten nicht für am wichtigsten halte, sei das keine angemessene Marschroute für die Polizei bei PKK-Demonstrationen. Die Bayern seien ihrem Innenminister dankbar dafür, daß ihr Land nicht Schauplatz brutaler Gewalt durch die PKK sei. In NRW werde seit Jahren mit dem Einsatzmittel „Wort“ auf Straftaten reagiert. Ungehindert hätten in Düsseldorf 150 PKK-Anhänger das griechische Konsulat verwüstet. 500 Beamte vor Ort hätten nicht eingegriffen. 30 Kurden seien wieder freigelassen worden.

Jürgen Jentsch (SPD) warf der CDU vor, in den alten Trott der Fremdenfeindlichkeit zu verfallen und ausländerfeindliche Gefühle zu wecken. Jentsch dankte der Polizei für Besonnenheit und Verantwortung. Wer sich gewalttätig gegen Menschen und Sachen wende, müsse bestraft werden. Der Kampf der PKK auf unserem Boden werde nicht zugelassen. Die Personalien von Verdächtigen müßten festgestellt werden. Die Flüchtlingskonvention erschwere die Abschiebung, wenn Folter drohe.

Roland Appel (GRÜNE), Fraktionssprecher, rief der CDU vor, erkennbare Mißstände in der Türkei nicht zur Kenntnis zu nehmen, auf dem menschenrechtlichen Auge blind zu sein. Wenn sie Protestierende abschieben wolle, mache sie sich zum Knecht der Folterer und zum verlängerten Arm türkischer Verfolgung gegenüber Kurden und insbesondere der PKK. Die CDU zeichne ein Zerrbild der PKK und ignoriere Veränderungen. Das PKK-Verbot sei kontraproduktiv und solle aufgehoben werden.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) meinte, auch nach den Erfahrungen vom 16. Februar müßten friedliche Kundendemonstrationen in Deutschland möglich bleiben. An der Einsatztaktik der NRW-Polizei werde nichts geändert. Sie werde weiterhin lageangepaßt und konsequent gegen Rechtsverstöße vorgehen. 4 000 Kräfte seien in NRW für solche Lagen jederzeit einsatzbereit. Alle Innen- und Justizminister hätten PKK-Gewalt entschieden verurteilt. Erweiterte Ausweisungstatbestände nützten nichts, wenn Abschiebung durch Völkerrecht gehindert sei. Die PKK habe bundes- und europaweite Strukturen. „Wir sind in NRW keine Weicheier“, sagte Behrens unter Hinweis auf Ausschreitungen auch anderswo. Am 16. Februar habe es in NRW 126 Festnahmen und 515 vorübergehende Injeweilsamnahmen gegeben. Vier Haftbefehle seien erlassen worden. Seit 1993 hätten die Staatsanwaltschaften mehr als 4 000 Strafverfahren nach 63 PKK-Demonstrationen und zwei Autobahn-Besetzungen eingeleitet. Der Einsatz in Düsseldorf sei nicht befriedigend verlaufen, aber es habe keine

Debatte über Gewalt von PKK-Anhängern

NRW hält Deeskalation für richtig

Der Landtag lehnte am 11. März nach kontroverser Debatte den CDU-Antrag „Konsequentes Vorgehen gegen PKK-Gewalt – keine Straftaten dulden“ (Drs. 12/3747) ab und nahm eine Entschließung von SPD und GRÜNEN „Deeskalation bleibt richtig, Türkei muß Menschenrechte beachten“ (Drs. 12/3788) an.

Toten und Verletzten gegeben. Andere Entscheidungen wären vorstellbar gewesen. Die meisten Kurden verhielten sich rechtstreu. Behrens appellierte eindringlich an alle hier lebenden Türken, sich von Gewalt zu verabschieden. Bürgerkriegsähnliche Zustände würden nicht geduldet.

Laurenz Meyer (CDU), Fraktionsvorsitzender, warb für einen gemeinsamen Appell des Landtags. Die CDU lasse sich nicht in die rechte Ecke drücken, wenn sie für Recht und Gesetz eintrete. Der Düsseldorfer Polizeipräsident habe die Anweisungen des Innenministers ignoriert. Ob er sich nicht habe durchsetzen können, fragte Meyer. Nachträglich mühsam Straftäter zu suchen, habe mit Deeskalation nichts zu tun. Riesenfrust sei auch bei der Polizeigewerkschaft entstanden. Ein Disziplinarverfahren gegen die Verantwortlichen müsse jetzt folgen.

Robert Krumbein (SPD) erklärte, Verunsicherung bei Bürgerinnen und Bürgern nehme er ernst. Diese dürfe aber nicht noch geschürt werden. In NRW habe es auch viele friedliche Demonstrationen gegeben. Die Entscheidung oberster Gerichte über grundsätzliche Fragen des Abschiebeschutzes sollten abgewartet werden. Nach der Gewalt am 16. Februar gebe es über 500 Strafverfahren in NRW.

Minister Dr. Fritz Behrens (SPD) mahnte, Auswirkungen türkischer Politik auf Millionen bei uns lebender Ausländer zu beachten. Einen Keil zwischen ihn und die Düsseldorfer Polizei zu treiben, gelinge der CDU nicht. Polizeiarbeit funktioniere nicht vom Schreib-

tisch aus. Die Polizei stehe zu ihrem Vorgehen. Beschleunigte Verfahren könnten falsch sein, härtere Strafen dagegen Sinn machen.

Laurenz Meyer (CDU) hielt eine gemeinsame Botschaft des Landtags für wichtig. Der Polizeipräsident Düsseldorf habe aus dem Minister ein Fritzchen gemacht. Für eindeutige Verfahren brauche man Beweise und dürfe die Leute nicht laufen lassen. Das Land nehme Schaden, wenn Generalkonsulate viele Stunden nach Hinweisen nicht geschützt würden. Wer den Schaden des verwüsteten Unternehmens in demselben Haus ersetze, fragte er und hielt das Vorgehen in Düsseldorf für eine Einladung zu Gewalt.

Edgar Moron (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer, regte eine gemeinsame Landtagsklärung an, wies aber den CDU-Vorwurf verfehlter Politik der Deeskalation zurück. NRW sei nicht erpreßbar und nicht bereit, vor Gewalt zu kapitulieren. Es sei aber auch darauf zu achten, nach Einziehen eines Öcalan-Schildes nicht eingeschlagene Scheiben und demolierte Autos zu haben. Bürgerkriegsähnliche Zustände wie in den 60er Jahren in Berlin wolle NRW nicht.

Roland Appel (GRÜNE) plädierte ebenfalls für eine gemeinsame Entschließung, aber auch für die Verhältnismäßigkeit von Einsatzmitteln. Nur vor Ort könne über Eingriffe gegen Öcalan-Bilder entschieden werden. Die CDU wolle höhere Strafen für Landfriedensbruch und schnellere Ausweisung, auch für Minderjährige. Das bayerische Beispiel Mehmet habe mit Rechtsstaatlichkeit nichts zu tun.

Präsident appelliert im Namen des Landtags:

Rechtsstaatliches Verfahren für Öcalan!

Landtagspräsident Ulrich Schmidt gab am 12. März im Plenum im Auftrag aller drei Fraktionen folgende Erklärung ab:

„Nordrhein-Westfalen ist für viele Türken und Menschen kurdischer Abstammung Heimat geworden. Deshalb läßt uns die Situation in der Türkei natürlich nicht unberührt. Für die Politik in Nordrhein-Westfalen besteht, und zwar über alle Parteigrenzen hinweg, die Verpflichtung, Gerechtigkeit gegenüber jedem Menschen zu üben und den Frieden zu wahren. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen erwartet von den Verantwortlichen in der Türkei, daß die Menschenrechte gewahrt und die Rechtsstaatlichkeit gewährleistet werden. Diese Forderung ist keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates, sondern bedeutet für uns die Berufung auf die unveränderlichen Prinzipien einer gerechten Weltordnung. Das gilt nach dem Verständnis dieses Parla-

mentes für jeden Menschen, auch für den, dem schwere Straftaten vorgeworfen werden. Für den Landtag Nordrhein-Westfalen möchte ich die Erwartung hier und heute nochmals unterstreichen, daß die Türkei dem wegen mehrerer Straftaten angeklagten Abdulah Öcalan ein rechtsstaatliches Verfahren garantiert. Ich appelliere deshalb an die Verantwortlichen in der Türkei, dafür Sorge zu tragen, daß die Menschenrechte selbstverständlich auch für den Untersuchungsgefangenen Abdulah Öcalan gelten. Ich appelliere ferner an die Verantwortlichen in der Türkei, dafür zu sorgen, daß das Strafverfahren tatsächlich nach rechtsstaatlichen Grundsätzen durchgeführt wird. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen fordert alle Verantwortlichen in der Türkei auf, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um ein Strafverfahren so durchzuführen, daß das Urteil auch vor der Weltöffentlichkeit Bestand haben kann.“

Digitales Zeitalter kündigt sich im Medienland Nr. 1 an

Die digitale Ära kündigte sich bei der Aussprache über den Antrag der Koalitionsfraktionen über zukunftsweisende Regelungen zur Sicherung des dualen Rundfunksystems im digitalen Zeitalter an. Der Antrag wurde am 10. März in direkter Abstimmung mehrheitlich angenommen, ein Entschließungsantrag der Opposition abgelehnt (Drs. 12/3736 und 3785).

Marc Jan Eumann (SPD) betonte, Nordrhein-Westfalen sei das Medienland Nummer eins. „Wer hätte das vor zehn Jahren gedacht, wer hätte das überhaupt für möglich gehalten?“ Diese Entwicklung sei durch eine klare Prioritätensetzung möglich geworden. Er fügte indessen an, Medienpolitik stehe immer wieder an einem Scheidepunkt. Jetzt stünden Entscheidungen an, die die Zukunft des dualen Rundfunksystems sichern helfen würden, Entscheidungen an der Schwelle zum digitalen Rundfunkzeitalter. Zum Streit um den Bestand des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sagte Eumann, in NRW wolle man faire Entwicklungschancen für beide Säulen des Systems. Man habe die Entwicklung der Privaten ebenso im Blick wie die zukünftige Gestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. An der Einheitsgebühr sei unbedingt festzuhalten. Sie zu sichern, sei auch Aufgabe eines Finanzausgleichs innerhalb der ARD. Den Auftrag des Rundfunks verstehe man als einen angebots- und nicht nachfrageorientierten Auftrag. Ferner müßten die öffentlich-rechtlichen Anstalten mit ihren Programmen auch weiterhin in allen öffentlichen Kommunikationsräumen präsent sein. Die Einführung des digitalen Fernsehens sei eine Aufgabe, die der Anstrengung vieler bedürfe. Aufgabe der Politik sei es, einen Anreiz zu schaffen. Bei der Inbetriebnahme der Settopbox müsse als erstes ein Navigator zur Verfügung stehen, der gleichgewichtet



Zukunft der Mediengesellschaft: v. l. Marc Jan Eumann (SPD), Roland Appel (GRÜNE), Ruth Hieronymi (CDU) und Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD).
Fotos: Schälte

auf öffentlich-rechtliche und private Programme hinweise. Für die Neuordnung der Medienaufsicht hielt Eumann einen „Kommunikationsrat“ für sinnvoll. Ferner dürfe das Thema „Jugendschutz“ infolge der Digitalisierung nicht beerdigt werden.

Roland Appel (GRÜNE), Fraktionssprecher, sagte, mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen wolle man deutlich machen, wie die Koalitionsfraktionen, aber auch der Ministerpräsident zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und zu dessen Zukunft stünden. Er habe sich ausdrücklich für den Erhalt der einheitlichen Rundfunkgebühr eingesetzt. „Wir begrüßen das.“ Er denke, man sei in Nordrhein-Westfalen auf dem richtigen Weg und glaube, daß man in einer ganz wichtigen Entscheidungsphase des öffentlich-rechtlichen Systems und der

Zukunft der Mediengesellschaft sei. Es sei nach wie vor nicht unangebracht, deutlich zu machen, daß Nordrhein-Westfalen für einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk eintrete und daß dieser starke öffentlich-rechtliche Rundfunk unverzichtbar sei

Ruth Hieronymi (CDU) hielt den Antrag für „ein Bündel zum Teil uralter, längst überholter Forderungen“, die die duale Rundfunkordnung nicht sicherten, sondern nachdrücklich und zunehmend gefährdeten, die das digitale Zeitalter nicht erleichterten seine Entwicklung nicht unterstützten, sondern es Zug um Zug strangulierten. Zur Sicherung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sagte die Abgeordnete, es gehe sei Jahren um die dringend überfällige Strukturreform der ARD. Der Koalition schlug sie vor, im Oktober mit vernünftigen Zahlen zum nächsten Sondergipfel der Ministerpräsidenten zu kommen. Sie kritisierte ferner, bei der Digitalisierung laute die Forderung von SPD und GRÜNEN, soviel Regulierung wie eben möglich, die der CDU hingegen, Marktöffnung und Unterstützung des investiven Risikos.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) wies darauf hin, man habe auf der letzten Sonderkonferenz der Ministerpräsidenten erhebliche Fortschritte erzielt. So sei der Programmauftrag für die öffentlich-rechtlichen Rundfunksysteme, also ARD und ZDF, weiterhin gültig, und zwar völlig unabhängig davon, ob es sich um analoge oder digitale verbreitete Angebote handele. Die Ministerpräsidenten hätten sich darauf verständigt, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk weiterhin Zugang zu den neuen Angebotsformen einzuräumen, daß ARD und ZDF digitale Programme anbieten und in einem Bouquet zusammenfassen könnten. Außerdem könnten sie elektronische Programmführer anbieten und sogar Programme Dritter in dieses Bouquet aufnehmen. Im Rahmen ihres Programmauftrages könnten sie Online-Dienste anbieten, allerdings ohne Werbung und Sponsoring. Hierbei handele es sich seiner Meinung nach um wichtige Schritte in die richtige Richtung.



Als Nachfolger der am 31. Januar aus dem Parlament ausgeschiedenen Landtagsabgeordneten und Fraktionssprecherin Gisela Nacken hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) am vergangenen Mittwoch Fred Josef Hansen (l.) aus Kirchhundem verpflichtet. Der neue Abgeordnete zog über die Landesreserveliste der GRÜNEN in den Landtag ein.
Foto: Schälte

Aktuelle Stunde II: „In der Hochschulpolitik regiert der Rotstift“

Manfred Kuhmichel (CDU) sah die Wissenschaftspolitik mit dem Wechsel von Brunn zu Behler vom Regen in die Traufe gekommen: Die angeblich neuen Wege hätten sich als Irrwege erwiesen, und das Klima im Verhältnis zwischen Ministerium, Hochschulen und Politik sei noch mehr als zuvor „von einem großen Verlust an Offenheit, Transparenz und vor allem Vertrauen“ geprägt. Während die Fachpolitiker der Koalition zunehmend resignierten, profilierte sich die Ministerin unter der irreführenden Überschrift „Qualitätspakt“ mit einer „öffentlichkeitswirksamen Rotstiftreform zu Lasten der ihr anvertrauten Hochschullandschaft“. Daneben sei sie bei der Beschneidung parlamentarischer Rechte von Abgeordneten kreativ, nehme Versprechen zurück und enttäusche Hoffnungen. Die im „Qualitätspakt“ geforderte Streichung von 2000 Stellen nannte Kuhmichel „total überhöht und abwegig“. Die Hochschulen fühlten sich von der Ministerin hinters Licht geführt und seien nicht in der Lage, darin eine „vertrauensbildende Maßnahme“ zu erkennen. In diesen Stellenkürzungen sähen die Hochschulen nicht nur eine weitere Verschlechterung der Studienbedingungen im Lande, sondern auch negative Wirkungen auf ihre wirtschaftliche und regionalpolitische Bedeutung. Der neue Pakt müsse für Nachbesserungen und Nachverhandlungen offen sein und dürfe nicht seitens der Ministerin „unter dem Diktat einseitiger und unveränderbarer Vorgaben“ geführt werden, forderte der Sprecher und rief die Ministerin auf, vom Nullsummenspiel zu lassen und sich im Kabinett „um eine bessere Finanzausstattung für unsere Hochschulen und damit für eine echte Priorität für ihr zu verantwortendes Wissenschaftsressort einzusetzen“.

Dietrich Kessel (SPD) sah sechs Wochen nach der Regierungserklärung der Ministerin zum Qualitätspakt keinen aktuellen Anlaß für die Debatte, sie sei vielmehr „an den Haaren herbeigezogen“. Auch der Bezug auf einen vier Monate alten und von der CDU als „Maulkorb“ bezeichneten Erlass liefere keine Rechtfertigung für diese Aktuelle Stunde: Bei seinen Besuchen an Hochschulen sei er noch niemandem begegnet, „der tatsächlich oder im übertragenen Sinne so etwas wie einen Maulkorb vor sich hergetragen hat“. Die Rektoren der Hochschulen wehrten sich selbstverständlich gegen Stellenkürzungen, es wäre auch unsinnig, von ihnen hier Zustimmung zu erwarten. Aber einer zumindest gehe das Thema in seinen Äußerungen konstruktiv an, indem er einräume, „Kooperation und Konkurrenz ist ein Spagat, den wir wagen müssen“. Das sei, so Kessel, der richtige Ansatz, um mit dem Thema Qualitätspakt umzugehen.

Christiane Bainski (GRÜNE) vermüßte alternative Konzepte der CDU und vermochte in der Aktuelle Stunde ebenfalls keinen Sinn zu erkennen. Für die Bewältigung ihrer Zukunftsaufgaben benötigten die Hochschulen wesentlich Planungssicherheit in materieller Hinsicht. Die zu geben, versuche der von der Ministerin vorgeschlagene Qualitätspakt. Wenn nun die CDU angesichts ihrer Hinterlassenschaft von 16 Jahren Wissenschaftspolitik auf Bundesebene bittere Tränen über die Hochschulpolitik des Landes — die immerhin den Wissenschaftsetat

Kritisch hat sich die CDU-Fraktion im Landtag im Rahmen einer von ihr beantragten Aktuelle Stunde mit der Wissenschaftspolitik von Ministerin Gabriele Behler (SPD) auseinandergesetzt. Das Thema der Plenardiskussion am 11. März lautete „Rotstift, Maulkorb und Ruinen — die NRW-Wissenschaftspolitik in der Sackgasse“.

im vergangenen Jahr um zwölf Prozent angehoben habe — vergieße, dann könne sie das nur als Heuchelei werten. Es sei auch nicht so, wie die CDU behaupte, daß die Hochschulen resignierten. Sie sei sicher, daß man gemeinsam mit den Hochschulen bei der Gestaltung des Hochschulpakts ein Stück weiterkommen werde.

Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD) meinte, der reißerische Titel der CDU habe mit der Wirklichkeit nordrhein-westfälischer Wissenschaftspolitik so viel zu tun wie die Seifenoper „Wahre Liebe“ mit wahrer Liebe. Der angebliche Rotstift schreibe in Wahrheit schwarze Zahlen, denn das Land habe seinen Wissenschaftsetat stetig gesteigert. Im Vergleich dazu Bonn: 13 Prozent Kürzung während der Kohlschen Amtszeit. Behler: „Wer da vom Rotstift spricht, der müßte eigentlich schamrot werden.“ Auch von der angeblichen Kritik der Hochschulen sei ihr bisher noch wenig zu Ohren gekommen, denn dort wisse man inzwischen, „wie positiv der Saldo des Qualitätspakts ist“. Was die Ruinen angehe, so habe sich die Opposition hier in der Wortwahl vergriffen. Sicher gebe es Sanierungsbedarf, deswegen würden jährlich insgesamt rund 380 Millionen dafür zur Verfügung gestellt, zusammen mit den Geldern für Ersatzbauten komme man auf eine Dreiviertel Milliarde. Unterm Strich führe der Qualitätspakt zu einer deutlichen finanziellen Besserstellung der Hochschulen, stellte die Ministerin fest; in der Absicht, die Hochschulen fit fürs nächste Jahrtausend zu machen, werde man sich auch durch das CDU-Wortgeklingel nicht irre machen lassen.

Rudolf Henke (CDU) verwies auf den schlechten Zustand vieler Hochschulgebäude und auf Mängel im Brandschutz; er bezifferte den gesamten Investitionsstau auf fünf Milliarden Mark. Der Ministerin warf er vor, an dieser Realität vorbeizugehen.

Donata Reinecke (SPD) bestritt, daß von einer „Diktatur des Rotstifts“ geredet werden könne: „Seit Jahren steigt das Finanzvolumen des Wissenschaftsetats.“ Die CDU

trage eine „Jammermentalität“ vor sich her. Wer immer nur vom Geld rede, bewaise damit nur, wie notwendig sich etwas in den Köpfen ändern müsse.

Herbert Reul (CDU) nannte es „nackten Wahnsinn“, angesichts eines Investitionsstaus von fünf Milliarden davon zu reden, alles sei in Ordnung. Die Ministerin bringe es nicht auf die Reihe und sei nicht in der Lage zu verbessern, was nötig ist. In den Ausgaben pro Student liege NRW auf dem letzten Platz, da habe er keine Lust immer zu hören, „wie toll das alles in der Vergangenheit war und wie böse die frühere Bundesregierung war“.

Dr. Hans Kraft (SPD) warf der CDU vor, mit ihrer „Bauunterhaltungspolitik“ sei an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend nichts zu gewinnen. Die Landesregierung zeige keineswegs die vorgehaltene Entscheidungsschwäche: Sie schließe einen Qualitätspakt und hole zur Beratung unabhängige Experten. So werde auf „ganz hohem Niveau“ dafür gesorgt, daß die Qualität dessen, was hier — gemessen am Weltmaßstab — geleistet wird, nicht nur erhalten bleibt, sondern ins nächste Jahrtausend überführt.

Ingrid Fitzek (GRÜNE) sprach sich dafür aus, den bisherigen unkomplizierten Kontakt zwischen den Hochschulen und den Landtagsfraktionen beizubehalten, der dazu beitrage, daß sich die Politik ein genaues und umfassendes Bild von den Problemen und Interessenlagen machen könne. Aus vielen Gesprächen mit Mitgliedern der Hochschulen wisse sie, daß die Hochschulen ihre Rechte kennen und sie auch selbstbewußt wahrnehmen.

Ministerin Gabriele Behler (SPD) stimmte der CDU insofern zu, als der Investitionsbedarf der Hochschulen das wichtigere Problem als der Stellenbedarf sei: „Das bestätigt mich einmal mehr in der Richtigkeit des Ansatzes beim Qualitätspakt.“

Manfred Kuhmichel (CDU) kündigte an, die CDU werde sich weiter für die Hochschulen des Landes einsetzen: „Wir sind dazu gewählt, für die Hochschulen einzutreten, uns um sie zu kümmern, Mißstände zu beseitigen — und da versagen Sie auf der ganzen Linie.“

Unterschiedliche Positionen zur Hochschulpolitik (v.l.): Manfred Kuhmichel (CDU), Dietrich Kessel (SPD), Christiane Bainski (GRÜNE) und Ministerin Gabriele Behler (SPD). Fotos: Schälte



Vor fünfzig Jahren starb der erste Landtagspräsident — Hohes Ansehen und Respekt

Ernst Gnoß steht für Widerstand und Wiederaufbau



Am Grab des ersten Landtagspräsidenten Ernst Gnoß auf dem Düsseldorfer Nordfriedhof legte der heutige Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) einen Kranz nieder. Fotos: Schälte

Zum 50. Mal jährte sich der Todestag des ersten gewählten Landtagspräsidenten Ernst Gnoß (SPD). Landtagspräsident Ulrich Schmidt erinnerte am vergangenen Freitag im Plenum des Landtags an den aufrechten Sozialdemokraten aus Mülheim-Styrum, der unter den Nazis gelitten und sich nach dem Krieg mit aller Kraft für den Wiederaufbau eingesetzt hatte. Außer im Landesparlament fand auch ein Gedenken auf dem Düsseldorfer Nordfriedhof zu Ehren von Ernst Gnoß statt, an dem die Witwe des Politikers teilnahm. Die Rede des Präsidenten im Plenum hat folgenden Wortlaut:

„Wir erinnern uns heute an den ersten Präsidenten des Landtags von Nordrhein-Westfalen: Ernst Gnoß ist heute vor 50 Jahren gestorben.

Er starb am 12. März 1949 in einem Sanatorium in Davos an den Folgen eines Lungenleidens, das er sich in der nationalsozialistischen Haft zugezogen hatte. Er starb, weil er im unbedingten Einsatz für ein demokratisches Deutschland, im unbedingten Einsatz für den Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen, keine Schonung für seine Gesundheit kannte.

Ernst Gnoß wurde nur 49 Jahre alt. Zeit seines Lebens war der gebürtige Styruer, der seine Jugendjahre in Hamborn erlebte, den Idealen der Arbeiterbewegung verbunden. Solidarität war für den gelernten Setzer, der 1933 Sekretär der SPD-Niederrhein war, der zentrale Wert. Er erfuhr Solidarität, und er lebte solidarisches Verhalten vor, vor allem auch als Mitglied eines niederrheinischen Widerstandskreises gegen die NS-Diktatur. Die Gestapo verhaftete ihn 1935 und quälte ihn während der Verhöre. Gnoß wurde wegen illegaler Tätigkeit und Vorbereitung zum Hochverrat zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

Unmittelbar nach Kriegsende stellte er sich für den demokratischen Neubeginn zur Verfügung: in der SPD, auf kommunaler Ebene, in der Gewerkschaft, im Beratenden Provinzialrat der Nordrheinprovinz und schließlich im Landtag Nordrhein-Westfalen, in dessen

konstituierender Sitzung am 2. Oktober 1946 er einstimmig von den Abgeordneten zum ersten Präsidenten unseres Landesparlamentes gewählt wurde. Ein Zeichen tiefen Respekts für einen bescheidenen Mann, der gerade aufgrund seiner persönlichen Integrität auch jenseits aller Parteigrenzen hohes Ansehen genoß.

Als Präsident, Vizepräsident, Mitglied des Ältestenrats, des Haupt-, Geschäftsordnungs- und Wahlrechtsausschusses war Gnoß maßgeblich an der Gestaltung des Parlamentarismus in Nordrhein-Westfalen beteiligt. Hier lag von 1946 bis zu seinem krankheitsbedingten Ausscheiden Ende 1948 der Schwerpunkt seiner politisch-parlamentarischen Arbeit. Auch in die Debatte über die Landesverfassung schaltete er sich engagiert ein. Er formulierte in der harten parlamentarischen Auseinanderset-

zung unter anderem mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Konrad Adenauer die sozialdemokratischen Verfassungsprinzipien. Als Wiederaufbauminister im Kabinett Karl Arnolds war er zuständig für das Beseitigen von Trümmern, für das Errichten einer zukunftsfähigen Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen. Sogar auf dem Krankenbett war sein tätiger Geist nicht zu zügeln. ‚Um die Zukunft des Ruhrgebiets‘ lautete der Titel eines Artikels, den Ernst Gnoß handschriftlich im Davoser Sanatorium verfaßte und der beredt Aufschluß darüber gibt, wie sehr sich Ernst Gnoß für sein Land Nordrhein-Westfalen, aber immer mit Blick auf ein demokratisches Gesamtdeutschland eingesetzt hatte. Das war auch schon eine mit lebhaftem Beifall bedachte Aussage in seiner Ansprache nach seiner Wahl zum Landtagspräsidenten. Gnoß unterstrich darin die Bereitschaft der Abgeordneten — ich darf hier zitieren — ‚das Schicksal dieses Landes und das Schicksal ganz Deutschlands in unsere eigene Hand zu nehmen und das wirtschaftliche und politische Gesicht unserer Heimat selbst zu gestalten‘.

Es war ihm nicht vergönnt, die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, die Festigung der Demokratie und den Aufbau des Sozialstaates zu erleben. Mit Ernst Gnoß verlor unser Land einen Menschen, der sich mit aller Kraft für ein demokratisches und soziales Deutschland eingesetzt hat.

Die Leistungen von Ernst Gnoß verdienen es, vor dem Vergessen bewahrt zu werden. Ernst Gnoß steht für Widerstand und Wiederaufbau. ‚Widerstand und Wiederaufbau‘, so lautet auch der Titel unserer jüngsten Landtagspublikation, mit der wir das Wirken des ersten nordrhein-westfälischen Parlamentspräsidenten einer breiteren Öffentlichkeit vermitteln möchten.

Heute, an seinem 50. Todestag, gedenken wir seiner. Ernst Gnoß hat sich einen bleibenden Platz in der nordrhein-westfälischen Landesgeschichte erworben.“



Vor der Plenarsitzung am 12. März empfing Landtagspräsident Ulrich Schmidt (2. v. r.) die Witwe von Ernst Gnoß, die in Düsseldorf beheimatete Lydia Gnoß (2. v. l.) zu einem sehr persönlichen Gespräch. Der Begegnung wohnten Tochter (l.) und Schwiegersohn Prüsse (r.) bei. Das Bild entstand vor den Porträts der Landtagspräsidenten in der Wandelhalle des Landtags. Das linke Gemälde zeigt Ernst Gnoß. Foto: Schälte

Landesregierung steht in Berlin vor der Entscheidung: Bauen oder mieten

Landesvertretung soll Abbild Nordrhein-Westfalens sein

Die Frage, ob die Landesregierung für ihre Landesvertretung in der Hauptstadt Berlin einen Neubau errichten oder sich einmieten soll, stand im Mittelpunkt einer Aussprache im Hauptausschuß, der unter der Leitung des amtierenden Vorsitzenden Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) tagte.

Zu Beginn der Sitzung berichtete Staatssekretärin Heide Dörrhöfer (SPD) über den Fortgang des Architektenwettbewerbs für die Landesvertretung. Wie bereits mitgeteilt, waren 37 Arbeiten eingereicht worden. Das Preisgericht hatte keinen ersten Preis ermittelt, sondern sich einstimmig dazu entschieden, vier gleiche Preise zu vergeben. „Mit diesen vier Preisträgern der Modelle haben wir am 9. Februar in einem Colloquium diskutiert, wie die Entwürfe aus unserer Sicht verbessert werden könnten“, berichtete die Staatssekretärin. Bis zum 25. März sollen die überarbeiteten Entwürfe vorgelegt werden. Laut Heide Dörrhöfer war das Preisgericht der Meinung, daß alle vier Entwürfe gleichwertig seien und auch mehr oder weniger den Anforderungen entsprächen. „Aber nichts ist so gut, daß es nicht noch besser gemacht werden könnte.“

Bei der Diskussion erinnerte Dr. Helmut Linssen (CDU) daran, daß die WestLB noch im Gespräch sei. Er wollte wissen, ob es abgelehnt worden sei, dort als Mieter einzuziehen und wann die Entscheidung gefallen sei. Frau Dörrhöfer sagte dazu, das Kabinett habe im Dezember 1997 entschieden, daß man ein Grundstück in Berlin kaufe. Mit der Vorlage des Haushaltsplans habe das Kabinett dann den Bau der Landesvertretung in der Bauliste auf Platz eins gesetzt. Im Sommer letzten Jahres sei der Architekturwettbewerb ausgeschrieben worden, der am 25. Januar zum Abschluß gebracht worden sei. Linssen hatte daraufhin ein, der Bauausschuß der WestLB habe sich noch zu einem viel späteren



Thema Landesvertretung: v. r. Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) als amtierender Vorsitzender, Staatssekretär Rüdiger Frohn und Staatssekretärin Heide Dörrhöfer-Tucholski als Vertreter der Landesregierung. Fotos: Schälte

Zeitpunkt damit beschäftigt, und es sei eine Konzeption vorgetragen worden, die offensichtlich davon ausgegangen sei, daß man da noch als Untermieter einziehen wollte. Zu derartigen WestLB-Planungen stellte der Chef der Staatskanzlei, Rüdiger Frohn, fest, beim Gebäude der WestLB Unter den Linden sei noch nicht mit dem Bau begonnen worden. Er bestätigte, daß es ein Angebot der WestLB an die Landesregierung gebe. Aber man sei weder eine Verpflichtung mit der WestLB eingegangen, dort zu mieten, noch gebe es eine Entscheidung, jetzt nur noch zu bauen. Es sei ein Grundstück gekauft worden. Wenn man ein solches Grundstück in Berlin erwerben könne,

gehe man kein Risiko ein. Die Toplage könne man „schlicht und ergreifend“ daran erkennen, daß „neben uns“ die Vereinigten Arabischen Emirate bauten sowie Japan und Italien unmittelbare Nachbarn seien. Frohn verdeutlichte, die Entscheidung innerhalb der Landesregierung, ob gebaut oder gemietet werde, werde von den Ergebnissen des Architektenwettbewerbs abhängen. Für die Landesregierung sei das entscheidende Kriterium, ob es diesen vier Wettbewerbern gelinge, einen Entwurf zu präsentieren, den man als das „nordrhein-westfälische Symbol“ in Berlin haben wolle. Zum Gelingen dieser „Abbildung“ gehöre sicherlich eine überzeugende architektonische Leistung, ein vorbildliches ökologisches Konzept und eine erstklassige energetische Bilanz. Ein Land, das von sich sage, es sei das Energieland Nr. 1 in Deutschland, wolle sich auch mit einem überzeugenden energetischen Konzept in Berlin vorstellen. „Wenn uns das gelingt, wird die Entscheidung innerhalb der Landesregierung wohl für den Bau fallen. Wenn das nicht gelingt, ist die Frage offen“, beschrieb der Staatssekretär den Status quo.

CDU-Sprecherin Ruth Hieronymi vermißte die Alternative. Sie würde es ja noch verstehen, wenn Entwürfe der WestLB vorlägen und man vergleichen könnte, bei welchen Entwürfen die NRW-Identität deutlich erkennbar zum Tragen käme. So könne sie die Entscheidungssituation der Landesregierung überhaupt nicht nachvollziehen, stellte die CDU-Politikerin fest.

Rüdiger Frohn machte daraufhin darauf aufmerksam, daß es sich im Fall der WestLB nicht um einen Neubau handele, sondern die WestLB habe ein Grundstück Unter den Linden mit einer klassischen Unter den Linden-Bebauung gekauft. Es sei ein Gebäude, das entkernt werden müsse, um es bürofähig zu machen. Dieses Gebäude

(Fortsetzung Seite 19)



An den Modellen: Die Vertreter der Landesregierung und Mitglieder des Hauptausschusses.

Frauenförderung im Wirtschaftsressort

Geringe Chancen schon bei Berufswahl

In der von Gerda Kieninger (SPD) geleiteten Sitzung des Ausschusses für Frauenpolitik am 26. Februar befaßte der Ausschuß sich unter anderem mit einem Bericht des Wirtschaftsministeriums zur Frauenförderung in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik NRW unter Bezugnahme auf den Frauenförderbericht 1997 der Landesregierung.

Ministerialdirigent Thomalla berichtete, daß zwischen 1980 und 1997 die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen in NRW von etwa zwei auf 2,4 Millionen gestiegen sei. Nach wie vor wählten Frauen jedoch zu 80 Prozent tradierte Ausbildungsberufe wie Arzthelferin, Friseurin, Kinderkrankenschwester oder Augenoptikerin. In den zukunftsträchtigen Bereichen des Handwerks hingegen sei der Frauenanteil nach wie vor wesentlich geringer.

Marianne Hürten (GRÜNE) stellte fest, daß der Begriff „Berufswahlverhalten“ nicht mehr aktuell sei. Aufgrund des Ausbildungsplatzmangels hätten gerade die Frauen kei-

ne Auswahlmöglichkeiten und seien deshalb auf vorhandene Ausbildungsplätze angewiesen.

Nach dem Bericht der Landesregierung stellen die mittelständischen Unternehmen in NRW mehr als zwei Drittel der Arbeits- und etwa 80 Prozent Ausbildungsplätze. Durch Neugründungen seien mehr als die Hälfte der neugeschaffenen Arbeitsplätze entstanden, die übrigen durch Expansion bestehender mittelständischer Unternehmen. Rund 90 Prozent der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen seien in diesen Unternehmen tätig. Dabei falle auf, daß nur etwa ein Drittel aller Unternehmen von Frauen geleitet werde.

Nur ein Drittel

Laut Frauenförderbericht 1997, der diesem Tagesordnungspunkt zugrunde lag, war das Aktionsprogramm „Frau und Beruf“ erfolgreich. Inzwischen gebe es mehr als 55 Pro-

gramme mit frauenspezifischen Regelungen, unter anderem eine Reihe von Programmen des Wirtschaftsministeriums: Regionale Wirtschaftsförderung, Gründungs-offensive „GO“, Programm „Gründung und Wachstum“, Meistergründungsprämie und das Programm „Quatro“ (Qualifizierung, Arbeit, Technik, Reorganisation).

Regina van Dinther (CDU) kritisierte, daß sich die Erwerbsquote von Frauen in NRW nicht wesentlich verbessert habe. Ebenso bedaure sie feststellen zu müssen, daß sich auch im Berufswahlverhalten der jungen Frauen nichts geändert habe. Dies sehe sie als eine Aufgabe der Regionalstellen an. Helga Gießelmann (SPD) dankte für den ausführlichen Bericht und betonte, wie wichtig es sei, Frauen während der Existenzgründungsphasen durch Coaching und Beratung zu unterstützen. Marianne Hürten dankte ebenfalls für den Bericht, der zwar durchaus Fortschritte aufzeige, aber gleichzeitig sehr deutlich mache, daß Frauen keine gleichberechtigte Teilhabe an den zur Verfügung stehenden Fördermitteln gewährt werde. Außerdem bat sie, bei künftigen Berichten zur Wirtschaftsförderung aufzuschlüsseln, wieviele Frauen in den einzelnen Programmen gefördert würden.

Astrid Hopstein-Menn

Untersuchungsausschuß HDO

Clement als Zeuge

Vor dem Untersuchungsausschuß „HDO“ sagte am 3. März Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) als Zeuge aus. Die fünfeinhalbstündige Befragung erstreckte sich auf den Zeitraum von ersten Ideen zur Gründung eines Trickfilmzentrums 1987 bis zum Zeitpunkt der Einsetzung des II. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses im September 1998.



Ministerpräsident Wolfgang Clement erklärte als Zeuge, er trage für HDO die politische Verantwortung, sprach den mit dem Projekt besonders befaßten Mitarbeitern sein Vertrauen aus und dankte der holländischen Firma für die Zusammenarbeit.

Foto: Schälte

Vom Vorsitzenden Laurenz Meyer (CDU) auf seine Aussage im Hauptausschuß im August 1998 (Landtag intern Nr. 12/1998) angesprochen, es gebe keinerlei Hinweis auf Subventionsbetrug, räumte Clement ein, in einem Fall sei Strafanzeige erstattet worden, um Umstände zu erhellen. Für die Landesregierung und die Mitarbeiter gelte die Aussage aber nach wie vor. Als Meyer ihm vorhielt, dem Untersuchungsausschuß fehlten bis heute mehrere zig 100 Blätter Unterlagen, wies er auf den internen Bereich des Kabinetthandelns hin, der außen vor bleiben müsse. Eine „Informationssperre“ habe er im Sommer 1998 nicht angeordnet, sondern nur seine Rückkehr aus dem Urlaub abzuwarten gebeten.

Bis 1995 sei für die HDO-Förderung das Wirtschaftsministerium federführend, er selbst als Staatskanzleichef nur für Medienrecht zuständig gewesen, antwortete Clement auf Fragen, warum alle Briefwechsel in Sachen HDO an den früheren Wirtschaftsministern vorbei mit ihm geführt worden seien. Immer wieder hielten ihm Ausschußmitglieder der CDU-Opposition Vermerke von Parteifreunden aus den Akten mit der Anrede „Lieber Wolfgang“ vor, um Aussagen über eine nicht den Dienstwegen entsprechende Bearbeitung der Landesförderung zu erhalten. Außerdem zitierten sie Warnungen von Ministerialbeamten vor dem Projekt und Versuche, eine Vollfinanzierung aus öffentlichen Mitteln zu erreichen. SPD-Sprecher Adolf Retz fragte nach Schwierigkeiten, die neue Technologie zu bewerten, nach Gründen für besondere Strukturförderung in ehemaligen Montanregionen und nach dem Umgang mit Landeshilfe für gefährdete Unternehmen. Den GRÜNE-Sprecher Gerd Mai interessierte unter anderem die Frage, ob Fördermittel für die Neue Mitte Oberhausen mißbraucht worden seien.

Er sei sicher, daß das Projekt ordnungsgemäß geprüft worden sei, erklärte Cle-

ment. Die Entscheidung für eine Film- und Fernseh-Produktionsstätte mit Spitzentechnologie auf dem Gelände der stillgelegten Zeche Osterfeld, in der größten freitragenden Kokshalle Europas, sei eine reizvolle Idee und sein „Lieblingsprojekt“ gewesen. Auch andere neue Technologien müßten überall öffentlich gefördert werden. Vermerke über Bemühungen um Förderwege seien Ausdruck der Suche nach Liquidität gewesen. Eine Lücke von fünf Millionen Mark habe Ende 1990 aus dem Landeshaushalt geschlossen werden sollen. Das sei nach dem Einspruch des Finanzministers wegen fehlenden Eigenkapitalanteils jedoch nicht gelungen. Nur in der EMG-Phase gebe es Anzeichen für einen Mißbrauch von Landesmitteln. Sein größter Fehler sei gewesen, nicht früher ausländische Investoren mit unternehmerischer Kompetenz gesucht zu haben. In Brandenburg werde im April ein ganz ähnliches Projekt eröffnet, das mit 100 Millionen Mark öffentlicher Mittel gefördert worden sei. Die jetzt für Oberhausen gefundenen Investoren seien an die fünfjährige Frist nach den Förderrichtlinien gebunden. Die zwischen der Betreibergesellschaft und dem beteiligten Großunternehmen streitige Summe liege deutlich unter 29 Millionen Mark. Das Land werde versuchen, die Summe einzutreiben. Die Landesregierung habe den Auftrag gehabt, das HDO-Projekt zum Erfolg zu führen.

Am Nachmittag ging es um den Konkurs von HDA als von der Besitzgesellschaft und vom Wirtschaftsministerium im Sommer 1998 erwogene Lösungsmöglichkeit, die der Ministerpräsident als abwegig und nicht zutreffend darstellte. Von einem Umstrukturierungskonzept der Gesellschafter in vier Schritten, das ihm der Vorsitzende vorhielt und das die bewußte Herbeiführung des Konkurses der Betreibergesellschaft HDA beinhaltete, habe er keine Kenntnis, sagte Clement am Ende der ersten Vernehmung, die am 19. März fortgesetzt werden soll.

Europausschuß in Bonn

„Internationales Kraftfeld“

Dem Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik berichtete in der von Professor Dr. Horst Posdorf (CDU) geleiteten Sitzung in der NRW-Vertretung in Bonn am 1. März Staatskanzleichef Rüdiger Frohn über die Entwicklung des Zentrums für Internationale Zusammenarbeit in der früheren Bundeshauptstadt. Zum „Sondergipfel“ des Europäischen Rats am 24./25. März in Berlin über die „Agenda 2000“ gab es nach dem Bericht der Landesregierung ebenfalls eine lebhaft Diskussions. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Professor Dr. Manfred Dammeyer berichtete in seiner Eigenschaft als Präsident des EU-Ausschusses der Regionen von gegenwärtig sehr spannenden Diskussionen in der Europäischen Union über das Thema Subsidiarität (Vorrang für Politik der niedrigeren Ebene).

In einer Aktuellen Viertelstunde berichtete auf Antrag der CDU zunächst Regierungsangestellter Kordes (Staatskanzlei) zum Thema „Vereinbarungen des Ministerpräsidenten anlässlich seiner Reise nach Belgien und Luxemburg“ Mitte Februar, es habe sich nicht um zwischenstaatliche Vereinbarungen, sondern um politische Willenserklärungen über die Zusammenarbeit in mehreren Politikbereichen gehandelt. Ilka Keller (CDU) teilte mit, aus Flandern würden sehr konkrete Wünsche, etwa zum Schulbesuch im Nachbarland, an Abgeordnete herangetragen, und forderte, unterstützt von



Europapolitiker in der NRW-Vertretung in Bonn, v.l. Ilka Keller, Rüdiger Goldmann, Hermann-Josef Schmitz (alle CDU), Staatskanzleichef Rüdiger Frohn, dahinter Monika Heßhaus (Assistenz), Vorsitzender Professor Dr. Horst Posdorf (CDU).

Gabriele Sikora (SPD), eine bessere Unter-richtung des Ausschusses über die Benelux-Aktivitäten der Landesregierung. Eine Reise nach Belgien wurde vorgeschlagen, um die alltäglichen Schwierigkeiten mit den Nachbarregionen besser kennenzulernen. „Bonn wird ein Kraftfeld für die internationale Entwicklungszusammenarbeit“, leitete Staatskanzleichef Frohn seinen ausführlichen Bericht über die Entwicklung der „Bundesstadt“ ein. Bonn sei bereits jetzt die erste UN-Stadt Deutschlands als Sitz von drei Einrichtungen der Vereinten Nationen. Außerdem blieben vier für die Entwicklungszusammenarbeit wichtige Ministerien in Bonn, drei bedeutende nationale Institutionen kämen nach Bonn, und schließlich werde die Deutsche Welle bald von Bonn aus senden. Richtig ärgern könne er sich über Gerede von der „Bonner Republik“ als Hort von Schlafmützigkeit und Provinzialität. Klaus Brückner stellte das „Center for International Cooperation“ CIC vor und berichtete von sehr gutem Funktionieren der Arbeitsgemeinschaft, aber auch vom „Sandwich-Gefühl“ bei Vermittlungsbemühungen. Besorgt über die Zukunft der Europäischen Union äußerten sich die Abgeordneten nach dem Bericht von Staatssekretär Frohn über den EU-Sondergipfel am 24./25. März in Berlin, bei dem eine Einigung über die

Agenda 2000 und die EU-Finzen erreicht werden soll. Nationale „Ko-Finanzierung“ der Landwirtschaft, wie von Deutschland vorgeschlagen, sei für die Franzosen ein Unwort, sagte Frohn und räumte den Mitgliedsstaaten die größten Chancen ein, die für das bisherige Volumen des EU-Haushalts einträten. Er kritisierte die Opposition, die die deutsche Verhandlungsposition über eine Nettoentlastungsschwäche. Abgeordnete aller drei Fraktionen befürchteten große Probleme durch die Osterweiterung der EU, nicht nur für die deutschen Landwirte, und sprachen sich dafür aus, die Wählerschaft über Fehler der Vergangenheit und Risiken der Zukunft offen zu informieren. Die europäische Vision dürfe nicht verlorengehen. Das Subsidiaritätsprinzip sei in Maastricht verankert worden und begegne zunehmender Sympathie, wenn es auch noch lange ein Kampfbegriff bleiben werde, berichtete Professor Dammeyer (SPD). In allen Mitgliedsstaaten setze Dezentralisierung ein. Bevor neue Verordnungen und Richtlinien herausgebracht würden, gebe es heute eher Grün- und Weißbücher. Gemeinsame Auslegung sei, das Handeln der EU in Politikfeldern zu beschränken, für die sie nicht ausschließlich zuständig sei. Der Ausschuß der Regionen bemühe sich weiter um ein Klagerecht und um Vortrags- und Mitspracherechte beim Rat.

Haushaltsausschuß

Kein Berichtswesen

Bei der abschließenden Beratung der 3. Änderung der Landeshaushaltsordnung, die erste Schritte zur Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung ermöglicht, schloß sich die CDU einem Änderungsantrag von SPD und GRÜNEN an, wonach der Landesrechnungshof auf Verlangen und während konkreter Prüfungsverfahren zum automatisierten Datenabruf berechtigt werden kann. Ihr eigener Ergänzungsvorschlag fand jedoch nicht die Zustimmung der Regierungsfaktionen, „Instrumente und Verfahren zur Sicherstellung der verfassungsmäßigen Rechte des Parlaments“ bei der Haushaltsberatung und der Budgetkontrolle zu entwickeln.

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) stimmte zu, das Parlament dürfe seine Rechte nicht aus der Hand geben, wenn die Exekutive durch Budgetierung gestärkt werde, und schlug eine gemeinsame Entschliebung des Ausschusses als gesetzesbegleitenden Text vor. Reinhold Trinius (SPD) hielt eine solche Entschliebung nicht für nötig, wies auf die Anstöße des Parlaments für flexiblere Mittelverwendung und auf dessen ohnehin nur scheinbare Kontrollkompetenz hin. Er schlug vor, das Anliegen ausdrücklich im Plenum vorzutragen. Helmut Diegel (CDU) bestand darauf, bevor die Budgetierung eingeführt werde, müsse es ein funktionierendes Berichtswesen geben. Das „Zurückrudern“ der GRÜNEN sei blamabel. Die CDU denke über eine Entschliebung zur 3. Lesung nach.



Am Tag nach seiner Wahl zum Fraktionsvorsitzenden ging es Laurenz Meyer (CDU, 2. v. r. neben Fritz Kollorz) im Wirtschaftsausschuß als wirtschaftspolitischem Sprecher seiner Fraktion um die Förderung von Kultur, insbesondere von Musicals aus Landesmitteln; i. Bild Obleute der Fraktionen der SPD (Werner Bischoff) und der GRÜNEN (Alexandra Landsberg).
Fotos: Schälte

Grubenausschuß bei Rheinbraun

Reinste Braunkohle im Tagebau Hambach

Der Ausschuß für Grubensicherheit informierte sich bei einem von Eberhard Sohns (SPD) geleiteten Besuch bei Rheinbraun am 26. Februar über die Unfallentwicklung und Sicherheitsarbeit im rheinischen Braunkohlenbergbau, über den Sachstand beim Tagebauprojekt Garzweiler II und über einen Wasseraustritt im Tagebau Hambach 1997.

Zunächst begrüßte Vorstandsvorsitzender Dr. Ing. Dieter Henning den Ausschuß und die wasserrechtliche Erlaubnis vom 30. Oktober 1998 als Voraussetzung für die Planungssicherheit des Unternehmens. Später antwortete er auf Fragen von Ausschußmitgliedern, die Umrüstung der Kraftwerke werde fortgesetzt und alle vier Jahre ein Block ersetzt. Bei weiteren massiven Kostensenkungen gehe Rheinbraun weiter von 100 Millionen Tonnen Jahresförderung aus. Die Verzinsung von Rückstellungen bedeute allerdings eine katastrophale Belastung von einer Milliarde Mark bei der rheinischen Braunkohle. Der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Alwin Winkel bestätigte, auf Kosten der Sicherheit werde im Unternehmen nicht gespart.

Hauptabteilungsleiterin Gabriele Lengens stellte die Organisation des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit mit 41 hauptamtlichen Mitarbeitern, sechs Arbeitsschutzausschüssen auf Betriebsebene, 45 Sicherheitsausschüssen auf Abteilungsebene und 205 Sicherheitsbeauftragten vor. Sie berichtete von leichter Abnahme der Betriebsunfälle, wobei Verletzungen an Hand und Arm sowie an Fuß und Bein mit rund einem Drittel aller Unfälle sowie der Hälfte der anzeigepflichtigen Unfälle mit Abstand am zahlreichsten waren. Zwischen 108 und 308 Arbeitsstunden fielen bei diesen Unfällen jeweils im Durchschnitt aus. Nicht unwesentlich sei in der Unfallbilanz die Zahl der Wegeunfälle, wobei Unfälle von den bis 25jährigen Mitarbeitern am häufigsten gewesen seien. Führerschein-Erwerberr werde deshalb ein Fahrtraining angeboten. Ein Kernsatz bei Rheinbraun laute, die Arbeit sei nie so wichtig, daß keine Zeit für die Si-



Sieben Großraumbagger und sieben Absetzer sind im Braunkohlentagebau Hambach im Einsatz, hier ein Absetzer beim Abraumtransport, der die geologische Beschaffenheit des Bodens in Tiefe und Höhe von insgesamt 500 Metern wiederherstellt.

cherheit sei. In der Sicherheitsphilosophie gelte „SOS“: Sauberkeit plus Ordnung gleich Sicherheit. Viel Zeit werde für Gespräche aufgewendet. Nach einem erfolgreichen Pilotprojekt im Tagebau Hambach werde jetzt flächendeckend in den Sicherheitskreisen jeder Mitarbeiter mindestens einmal im Zeitraum von zwei Jahren zu seinen spezifischen Kenntnissen angehört. Im Vergleich zur übrigen gewerblichen Wirtschaft verzeichne der Braunkohlenbergbau die niedrigsten Unfallzahlen.

Direktor Hartung (Bereich Tagebaue) erklärte, das Monitoring laufe für alle Beteiligten sehr befriedigend. Die Stimmung sei jetzt sehr positiv. Die Sümpfungserlaubnis sei bis 2023 befristet, diese 25 Jahre seien normal. „Kippenversauerung“ sei nicht Gegenstand der wasserrechtlichen Genehmigung. Die EU-Richtlinie zum Schutz von Flora, Fauna, Habitat gelte im Rahmen des Braunkohleplans. Es gebe keine zusätzlichen Wideraufklauseln.

Beim Vortrag von Betriebsdirektor Schulz zum unerwarteten Wasseraustritt 1997, dem das Unternehmen mit einer Tonabdeckung auf der 7. Sohle begegnete, wurden Probleme mit der Temperatur und mit Feststoffen sowie mit der für Laien irre-

führenden Öffentlichkeitsarbeit gestreift. Wahlkreisabgeordneter Wilhelm Lieven (CDU) wies auf die oft unangenehme Verteidigung des Braunkohlenabbaus in der Öffentlichkeit wegen verunsichernder Pressemeldungen hin. Der Ausschuß für Grubensicherheit befuhr anschließend die 7. Sohle im 8 500 Hektar großen Tagebau Hambach und besichtigte die Rekultivierung um die Sophienhöhe.

Haushaltsausschuß

„Bessere Zahlen“

Die Steuerpolitik des Bundes kam in der von Volkmar Klein (CDU) geleiteten Sitzung am 4. März des Haushalts- und Finanzausschusses zur Sprache. In einer von der CDU beantragten Aktuellen Viertelstunde zum Thema „Steuerpflicht für sachleistungsbezogene Rückstellungen gefährdet Garzweiler II“ wies Michael Breuer (CDU) auf Sorgen der Energiewirtschaft und auf die Rückstellungspflicht nach dem Handelsrecht hin. Ernst-Martin Walsken (SPD) lobte die neue Bonner Gegenfinanzierung der Nettoentlastung. Rüdiger Sagel (GRÜNE) meinte, eine andere als auf Braunkohle setzende Energiepolitik bringe mehr Arbeitsplätze. Finanzminister Heinz Schleußer bestätigte, die Bonner Steuerreformbeschlüsse nachgerechnet zu haben: Aus NRW kämen immer die besseren Zahlen. Im übrigen dürfe nicht sein, daß international agierende Firmen aus nationalen Steuern „flüchteten“.

Beim vom Bundesfinanzminister der FIFA zugesagten Steuererzicht für die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland im Jahre 2006 wies CDU-Sprecher Helmut Diegel auf fehlende Steuergerechtigkeit hin, die zunehmend die Existenz kleiner Vereine gefährde und Jugendfußballtrainer persönlich treffe. Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) äußerte erhebliche Bedenken gegen diese Steuerbefreiung. Rolf Seel (CDU) beschwerte sich über die Behandlung ehrenamtlichen Engagements durch die Finanzverwaltung, das durch diese Form der Ungerechtigkeiten erschwert werde.



Rekultivierung am Rande des Braunkohle-Tagebaus, v. l. Betriebsdirektor Schulz, Ausschußvorsitzender Eberhard Sohns, Hans Vorpeil, Manfred Bruckschen (alle SPD), Herbert Keller (IG Bergbau/Chemie/Energie), Jürgen Thulke (SPD), Bergrat Hager (Wirtschaftsministerium), Direktor Hartung (Rheinbraun), Dr. Andreas Lorenz (CDU), ein leitender Mitarbeiter von Rheinbraun.

Aktuelle Stunde III:

Verwaltungsreform

Die Verwaltungsmodernisierung müsse konsequent und verantwortungsbewußt gestaltet werden, die Beschäftigten und Betroffenen seien einzubeziehen — diese Forderungen hat die GRÜNEN-Fraktion in der von ihr beantragten Aktuelle Stunde des Landtags am 12. März erhoben.

Ewald Groth (GRÜNE) verlangte Transparenz und Kooperation für den Prozeß der Neustrukturierung der mittleren Verwaltungsebene im Lande. In einem so großen Land wie NRW sei eine Zwischenebene notwendig, der Aufgabenkritik müßten sich neben den Landschaftsverbänden alle staatlichen Behörden stellen. Dabei sei es entscheidend, daß im Ergebnis der Umgang der Bürgerinnen und Bürger mit der Verwaltung besser sei als zuvor, daß ihre Lebensqualität steige. Wie der Städtetag wollten die GRÜNEN bei der Reform nicht mehr „Verstaatlichung“, sondern eine Kommunalisierung. Es sollte ein „Pakt mit den Beschäftigten“ geschlossen werden. Groth schloß mit der erneuten Forderung eines eigenen Bezirks für das Ruhrgebiet: Diese gewachsene Region brauche eigene Kompetenzen im Verwaltungsbereich.

Renate Drewke (SPD) lehnte diese Forderung ab und fand es „geradezu lächerlich, daß sich GRÜNE und CDU zum Sprachrohr der Menschen im Ruhrgebiet machen“. Es dürfe für das Ruhrgebiet keine neuen Grenzen geben, die die gewachsenen Verbindungen in die benachbarten Regionen erschweren, fand sie und verteidigte die von der SPD geforderten fünf regionalen Dienstleistungszentren, an die staatliche Aufgaben übertragen werden sollen. Als wesentliche Kriterien strich sie heraus, es werde keine betriebsbedingten Kündigungen geben, und bei der Reform müsse eine Verbesserung des Dienstleistungsangebots für die Bürgerinnen und Bürger herauskommen.

Franz-Josef Britz (CDU) wiederholte die Forderung seiner Fraktion nach drei Regionalverbänden in NRW. Seine Partei wolle eine „Reform von unten nach oben“ mit einer starken kommunalen Verankerung, während die SPD eine stärker staatliche Ausrichtung mit Durchgriff von oben nach unten bei den fünf regionalen Dienstleistungszentren anstrebe. Sein Appell an die SPD: „Versuchen Sie einen neuen Anfang, nehmen sie dabei alle mit. Stecken Sie Ihr Vorhaben erst einmal in die Schublade und fangen Sie neu an!“

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) lehnte es ab, den umfassenden Prozeß der Modernisierung der Verwaltung auf die Auflösung der Landschaftsverbände zu reduzieren. Die Landesregierung werde ihrer Pflicht gerecht, die Beschäftigten und Betroffenen in ihre Überlegungen einzubeziehen, stellte der Minister fest. Jahrelang sei über die Verwaltungsreform diskutiert worden, „wir wollen jetzt endlich handeln“. Die Koalition habe nun den gordischen Knoten durchgehauen, um am Ende eine „Landesverwaltung der Zukunft“ zu präsentieren. Dabei werde man die soziale Sicherung der Beschäftigten im Auge behalten und „bruchhafte“ Entwicklungen an den Standorten vermeiden.

„Die Grenze der Belastung ist erreicht“

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß I (Forensik, Vorsitzender Edgar Moron, SPD) ist derzeit dabei, sein Bild über die unmittlere Lage vor Ort abzurufen. Nach der Bereisung der Einrichtungen der gerichtlichen Psychiatrie im Lande, die bereits zu Beginn der Ausschußtätigkeit stattgefunden hat, sind diesmal die verantwortlich Handelnden an den Standorten der Forensik im Lande, also die leitenden ärztlichen und pflegerischen Kräfte, vor den Ausschuß nach Düsseldorf geladen. Um den Eindruck abzurufen, haben auch die jeweiligen Bürgermeister als Zeugen vor dem Ausschuß Gelegenheit, ihre Aussagen zu machen. Einer davon war Josef Vosen (55), hauptamtlicher Bürgermeister der Stadt Düren, der Anfang dieses Monats vom PUA I unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Klaus-Dieter Stallmann (CDU) vernommen wurde.

Der Bürgermeister berichtete den Abgeordneten von einem bislang ungetrübten Verhältnis zwischen der Stadt und der psychiatrischen Einrichtung, die sie beherbergt. Vosen: „Die Forensik ist eigentlich Teil unserer Stadt. Wir sind nicht ablehnend, sondern positiv eingestellt zu dieser Einrichtung.“ Zumal es sich um ein Fachkrankenhaus handele, das man „international herzeigen“ könne — „ein Modell, auf das wir stolz waren“. Das habe sich allerdings geändert, seit der Landschaftsverband als Träger versucht habe, ohne vorher die Kommune zu fragen oder zu informieren, im Dürener Stadtteil Birkesdorf eine Außenwohngruppe mit Psychiatriepatienten zu installieren. Der ganze Stadtteil, so Vosen, sei auf die Barrikaden gegangen, eine Bürgerinitiative habe letzten Endes das Projekt vereitelt. Alle Verständigungsversuche, die die Politik unternommen habe, um mit den Betroffenen ins Gespräch zu kommen, seien an der an den Tag gelegten Kompromißlosigkeit gescheitert. Der Bürgermeister: „Wir hatten alle Hände voll zu tun, unsere positive Einstellung aufrechtzuerhalten.“ Aber gegen den umfassenden Bürgerprotest von rund 10 000 Einwohnern sei die Außenwohngruppe politisch nicht durchsetzbar gewesen. Im nachhinein betrachtet, wäre es besser gewesen, nicht einen einzigen Standort ins Auge zu fassen, sondern gemeinsam mit der Stadt nach mehreren Standorten zu suchen, um eine Alternative zu haben. Das sei heute auch in der Straßenplanung nicht anders, fügte Vosen hinzu.

Er schlug in diesem Zusammenhang vor, nicht alles am vorhandenen forensischen

Standort konzentrieren zu wollen. So wäre es doch vorstellbar, legte der dem PUA I dar, eine solche Außenwohngruppe statt in Düren vielleicht im 30 Kilometer entfernten Köln anzusiedeln. Die derzeitige Nähe zur Klinik in Düren sei doch nicht „zwingend“.

Eine weitere Verschlechterung der Einstellung zur Forensik sei mit der Flucht des mutmaßlichen Mörders Büch eingetreten, fuhr der Bürgermeister fort. Dieser Vorfall habe zu einer Menge Fragen geführt, etwa wieso es angehen könne, daß Büch dermaßen ungehindert und unkontrolliert per Telefon Kontakte nach außerhalb knüpfen konnte, um mit einem Helfer seine Flucht vorzubereiten. Hier sollten die Kontrollen verbessert und die Auflagen verschärft werden, fand er. Ein Gutes habe die Sache jedoch gehabt: Die Kontakte zwischen Kommune und Einrichtung hätten sich vertieft; es gebe jetzt in Sachen Maßregelvollzug mehr Transparenz. So würden jetzt anders als früher Entweichungen aus dem Vollzug sofort mitgeteilt.

Der Dürener Bürgermeister kam in seiner Aussage auch zum Grundsätzlichen: Warum eigentlich, fragte er, werde die wachsende Zahl gerichtlich untergebrachter Patienten immer noch auf die bestehenden Standorte verteilt? Vosen: „Je größer diese Einrichtungen werden, desto unsicherer sind sie doch.“ Darum seine Bitte, im gesamten Land auf Standortsuche zu gehen und im Zuge einer „großen Koalition“ zwischen SPD und CDU, diese dann auch durchzusetzen — „einer für die CDU und einer für die SPD“, wie er schlißzohrig hinzufügte.

Seine Stadt jedenfalls sehe in der Forensik das Ende der Fahnenstange erreicht. Die 150 gerichtspsychiatrischen Plätze in Düren seien die Obergrenze, mit der man einverstanden sei. Wenn derzeit auf diesen Plätzen 174 Patienten untergebracht seien, dann sei man bereit, dies aus Solidarität mit dem Land hinzunehmen. Die gleiche Solidarität erwarte aber die Bürgerschaft von Düren. Um diese Solidarität zu befördern, habe die Kommune sich entschlossen, eine für das Haus 2 der Dürener Klinik beantragte Baugenehmigung zurückzuhalten. Vosen: „Wir warten auf die weisen Schlüsse unseres Parlaments — das seid Ihr“, wandte er sich, um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, in rheinischer Jovialität direkt an die Landtagsabgeordneten.

Josef Vosen, Bürgermeister der Stadt Düren, als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß Forensik.
Foto: Schälte



Fischer : Kinderpornografie nicht milder bestrafen als einen Handtaschenraub

Unter der Leitung der Vorsitzenden Annegret Krauskopf (SPD) hat der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie Ende vergangenen Monats den Bericht des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr (MWMTV) über die Verkehrssicherheitskampagne „Kinder sehen es anders - Mehr Sicherheit im Straßenverkehr“ beraten.

Der im MWMTV gegründete Arbeitskreis Verkehrssicherheit beschäftigt sich seit drei Jahren mit der Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr. Für die Kampagne hat das Ministerium Mittel in Höhe von 925 000 DM bereitgestellt. Ziel war - und soll es auch für 1999 sein -, Erwachsene, Verkehrsteilnehmer, Nachbarn und Eltern über die noch nicht hinreichend entwickelten Fähigkeiten und Fertigkeiten von Kindern im Straßenverkehr aufzuklären und zu einem vorsichtigeren und rücksichtsvolleren Verhalten der Erwachsenen hinzuwirken, um die Zahl der Verkehrsunfälle zu senken. So verunglückten im vergangenen Jahr 10 900 Kinder unter 15 Jahren im Straßenverkehr; landesweit waren 57 Todesopfer zu beklagen. Eine Studie habe ergeben, daß es die erwachsenen Verkehrsteilnehmer sind, die lernen müssen, sich auf die kindliche Verkehrssichtweise einzustellen; sie können sich nicht bloß auf die Verkehrsregeln verlassen.

Vor einem Jahr hat die Landesregierung sich auf der Verkehrssicherheitskonferenz in Dortmund verpflichtet, einen Verkehrssicherheitsbericht herauszugeben. Ein neuer und wichtiger Aspekt in der praktischen Umsetzung wird dabei die aktive Beteiligung von Kindern als Experten in eigener Sache an der Verkehrsplanung und Gestaltung der Verkehrsumwelt sein. Die Veröffentlichung wird im Herbst diesen Jahres erwartet.

Ausschußvorsitzende Annegret Krauskopf (SPD) kritisierte, daß das Verkehrssicherheitsprogramm keine Inhalte zur Aus-, Fort- und Weiterbildung der im Verkehrsbereich tätigen Pädagoginnen und Pädagogen enthalte. Antonius Rösenberg (CDU) teilte diese Auffassung nicht. Ihm seien zahlreiche Aktivitäten auf örtlicher Ebene wie die

Zusammenarbeit mit der Verkehrswacht bekannt. Frank Sichau (SPD) erinnerte daran, daß jetzt auch das Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest für die Verkehrserziehung zuständig sei. Ute Koczy (GRÜNE) hob hervor, daß nach dem jüngst vorgelegten Verkehrsentwicklungsbericht die Zahl der verunglückten Kinder zugenommen habe. Ungeachtet der positiven Trendmeldungen solle der Landesverkehrsminister daher die Verkehrssicherheit vor den Ausbau des Straßennetzes stellen.

Jens Petring (GRÜNE) teilte mit, daß die SPD im Bundestag ein Konzept zur Verkehrssicherheit für Kinder unter dem Titel „Verbesserung der Situation von Kindern im Straßenverkehr“ vorgestellt habe. Er regte an, die Vorschläge auch im Hinblick auf ihre Übertragbarkeit auf die Landesebene zu überprüfen. Seine Fraktion unterstütze die Forderung, zur Erhöhung der Sicherheit im innerörtlichen Verkehr eine Regelgeschwindigkeit von 30 km/h einzuführen.

Ein weiteres Beratungsthema waren die neuen vorläufigen Förderrichtlinien zum Landesjugendplan, die am 1. Januar 1999 in Kraft getreten sind. Die Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit, Birgit Fischer (SPD), berichtete dem Ausschuß, daß sich die neuen Förderrichtlinien zunächst als vorläufige Richtlinien bis zum 31. Dezember 2001 angewendet werden sollen. Sie seien entsprechend der Struktur des Landesjugendplans auf insgesamt elf Handlungsfelder aufgeteilt.

Nach einer Erprobungsphase von drei Jahren sei zu entscheiden, ob Änderungen oder Ergänzungen notwendig werden. Während der Erprobungsphase finde ein Wirksamkeitsdialog zwischen den Landesjugendäm-

tern und den landeszentralen pluralen Zusammenschlüssen der Träger der freien Jugendhilfe statt, der die Entwicklung von Zielvereinbarungen vorsehe.

Jens Petring (GRÜNE) begrüßte, daß mit den neuen vorläufigen Richtlinien Rahmenbedingungen vorlägen, auf deren Grundlage die beteiligten Verbände jetzt arbeiten könnten. Für den Ausschuß wünsche er sich ebenso wie Antonius Rösenberg (CDU) eine laufend aktualisierte Information über den Wirksamkeitsdialog, damit Politik auch zeitnah reagieren könne. Bernd Flessenkemper (SPD) unterstrich, daß es durch den Abbau bürokratischer Strukturen zu einer größeren Flexibilität komme und es außerdem aufgrund der Festbeträge größere Spielräume für die Träger gebe.

Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm der Ausschuß einen Bericht der Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit (MFJFG) zum Thema „Gewalt gegen Frauen und sexueller Mißbrauch von Kindern - Zweiter Bericht über Maßnahmen und Initiativen der Landesregierung“ entgegen. So gebe es inzwischen in NRW 63 Frauenhäuser, 51 Frauenberatungsstellen, drei Zufluchtsstätten für sexuell mißbrauchte Mädchen, zwei Kinderschutzambulanzen, zwei Kinderschutzzentren, 13 ärztliche Anlauf- und Beratungsstellen sowie vier Mädchenberatungsstellen. In diesem Jahr fördere das Land unter anderem 40 Einrichtungen von autonomen Fraueninitiativen, die für Frauen und Mädchen konkrete Hilfen vor Ort nach sexualisierter Gewalt anbieten, zehn spezialisierte Beratungseinrichtungen für die Opfer von Menschenhandel.

Die Verbreitung von Kinderpornografie in Datennetzen soll in den Deliktstatalog des Paragraphen 100 a der Strafprozeßordnung aufgenommen werden. Die Straftat des sexuellen Mißbrauchs müsse vom Vergehen zum Verbrechen heraufgestuft werden, was bedeutet, daß die Mindeststrafe von sechs Monaten auf ein Jahr angehoben werden müsse. Die Mindeststrafe für schweren Kindesmißbrauch solle auf zwei Jahre sowie die Mindeststrafe für die Herstellung und Verbreitung kinderpornographischer Schriften von drei auf sechs Monate angehoben werden. Es stimme schon mehr als nachdenklich, daß diese Änderungsvorschläge keine Berücksichtigung in der Gesetzesnovelle gefunden haben. Ministerin Fischer: „Das bedauere ich insofern, als Kindesmißbrauch und die Herstellung von Kinderpornografie keine Bagatelldelikte sind, die mit weniger Strafe bedroht sein dürften als ein Handtaschenraub.“

Ute Koczy (GRÜNE) bedauerte, es gebe immer noch zu wenige Männer, die bereit seien, an sich und ihrer sexuellen Definition zu arbeiten. Sie stelle fest, daß Männer- und Jungenarbeit noch zu wenig entwickelt sei. Die hohe Zahl von 6 000 jährlich in Frauenhäuser flüchtenden Frauen spreche für sich. Sie plädiere für eine stärkere Vernetzung. Renate Drewke (SPD) betonte die Notwendigkeit entsprechender Fortbildungsangebote für Richter und Staatsanwälte. Regina van Dinther (CDU) monierte, daß die Landesregierung zum Thema „Sexualerziehung“ an Schulen zu untätig gewesen sei. Bereits 1994 hätten alle Fraktionen des Landtags ein gemeinsames Papier entworfen, über das die Sexualerziehung an den Schulen fortschrittlicher entwickelt werden sollte. Die zugehörigen Richtlinien seien jedoch erst jetzt dem Landtag zugeleitet worden.

Astrid Hopstein-Menn

Termin Ausländerbeiratswahl in der Schweb

Ende vergangenen Jahres hat der Landtag auf Antrag aller Fraktionen (Drs. 12/3571) die Gemeinden des Landes einstimmig aufgefordert, die Wahlen zu den Ausländerbeiräten gleichzeitig mit den Kommunalwahlen am 12. September 1999 durchzuführen. Wie berichtet, bat die Abgeordneten am 16. Dezember die kommunalen Spitzenverbände, dieses Anliegen tatkräftig zu unterstützen.

In der Sitzung des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten (Vorsitzende Christiane Bainski, GRÜNE) am 4. März mußte sich der Vertreter des Städtetages, Jochen Dieckmann (geschäftsführendes Vorstandsmitglied), zwar nicht gerade Untätigkeit vorwerfen lassen. Aber: Der Landesvorstand des Städtetages hatte seinen Mitgliedsstädten mit Beschluß vom 20. Januar tatsächlich einen Termin für die Durchführung der Ausländerbeiratswahlen empfohlen, nur eben nicht den vom Landtag gewünschten 12. September, sondern den 7. November.

Angenehm war für die Vertreter des Städtetags in der Ausschußsitzung darum die Situation nicht, das Unverständnis der Ausschußmitglieder und des Landtagsvizepräsidenten, Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU), über diese Entscheidung entgegennehmen zu müssen. Schließlich trennte man sich nach intensivem Gedankenaustausch mit der Zusage, daß der Landesvorstand des Städtetages noch einmal mit dieser Angelegenheit befaßt werden könne, obwohl alle Argumente bei der Entscheidung im Januar vorgelegen hätten.

Die Mitglieder des Fachausschusses verabredeten, in „ihren“ Wahlkreisen für die Forderung des Landtags zu werben; sie sahen dazu die Chancen nicht schlecht.

Ein anderer kommunaler Spitzenverband, der Nordrhein-Westfälische Städte- und Gemeindebund, hat schriftlich erkennen lassen, man werde eine Empfehlung für einen bestimmten Termin nicht abgeben. Gleichwohl sollen die Mitgliedsstädte und -gemeinden über den Beschluß des Landtags informiert werden.

Frank Schlichting

Parlamentarier fragen nach „freiem“ Abzug der Konsulatsbesetzer

Als aktuelles Thema hat der Ausschuß für Innere Verwaltung unter Leitung seines Vorsitzenden Klaus Stallmann (CDU) Ende vergangenen Monats auf Antrag der CDU-Fraktion die Aktionen und Straftaten erörtert, die von Kurden in Nordrhein-Westfalen nach der Verbringung des in Kenia verhafteten PKK-Chefs Abdullah Öcalan in die Türkei begangen worden sind. Das Ministerium für Inneres und Justiz berichtete ausführlich über die Gewalttätigkeiten. Das besondere Interesse der Abgeordneten galt dabei der Schilderung der Vorfälle, die sich in Düsseldorf am Dienstag, den 16. Februar, ereignet haben.

So wurde von Ministerium mitgeteilt, die Düsseldorfer Taxizentrale habe das Polizeipräsidium in den frühen Morgenstunden dieses Tages informiert, daß etwa 30 Personen versuchten, gewaltsam das Gebäude zu betreten, in dem das griechische Generalkonsulat untergebracht ist. Wenige Minuten später seien die ersten Polizeibeamten vor Ort eingetroffen. Weitere anderthalb Stunden später befanden sich dort 100 Sicherheitskräfte und an die 350 Kurden, von denen sich etwa 150 im Gebäude aufhielten. Sie drohten mit Hungerstreik und „Todesfasten“ und kündigten an, das im Generalkonsulat wohnende Hausmeisterehepaar sei nicht sicher, wenn die Polizei in das Gebäude eindringen würde. Von der griechischen Regierung verlangten die Kurden eine offizielle Erklärung zum Verschwinden Öcalans aus Kenia. Das Polizeipräsidium bemühte sich, die Besetzer durch zielgerichtete Gesprächsführung und Verhandlungen zur Aufgabe und zum Verlassen des Gebäudes zu bewegen. Erhebliche Sachbeschädigungen im Generalkonsulat waren dem vorausgegangen. Abends, nach 22 Uhr, forderten die Besetzer die vor dem Gebäude stehenden Personen auf, näher an das Haus heranzutreten, damit sie sich nach Verlassen des Konsulats unter die Menschenmenge begeben könnten. So geschehen, zogen wenig später rund 500 Personen, teilweise in größeren Blöcken, in Richtung U-Bahn-Haltestellen und Hauptbahnhof. Zu dieser Zeit befanden sich 345 Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen vor Ort.

Aus Gründen der Strafverfolgung wurden Fahrzeugkennzeichen möglicher Tatbeteiligter festgestellt, Videoaufzeichnungen gefertigt, Beweissicherung am Tatort durchgeführt und eine gezielte Medienauswertung veranlaßt. Der verantwortliche Polizeiführer hatte die Leitlinie festgelegt, daß Prävention Vorrang habe vor Strafverfolgung; die Strafverfolgung sollte aber auch durch Beweissicherung und gegebenenfalls Identitätsfeststellung gewährleistet werden.

Über die Linie des Ministeriums für Inneres und Justiz „Kein freier Abzug ohne Strafverfolgung“ war der Polizeiführer informiert worden. Absperrmaßnahmen, die ein unkontrolliertes Verlassen des Bereichs durch an den Aktionen beteiligte Kurden verhindert hätten und erforderliche Identitätsfeststellungen wurden, so das Ministerium, tatsächlich jedoch nicht durchgeführt. Auch kam eine räumliche Trennung von sympathisierenden Demonstranten und den Besetzern nicht zustande. Das Ministerium wies darauf hin, in einer Telefonkonferenz mit der Bezirksregierung habe es ausdrücklich an den seit Jahren geltenden Erlaß erinnert, wonach bei demonstrativen PKK-Aktionen, insbesondere die Festnahme von Straftätern und eine beweisichernde Strafverfolgung Ziel der polizeilichen Maßnahmen sei. Die Bezirksregierung wurde gebeten, beim Polizeipräsi-

dium Düsseldorf nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß das polizeiliche Einsatzkonzept einen unkontrollierten Abzug der Besetzer verhindert.

In der nachträglichen Bewertung des Einsatzes kritisierte das Ministerium, wie zuvor schon die Bezirksregierung, die Leitlinien der Polizeiführung hätten den Handlungsrahmen derart bestimmt, daß der Auftrag zur Identitätsfeststellung möglichst aller Konsulatsbesetzer in der Umsetzung der Einsatzkonzeption nicht ausreichend Beachtung gefunden habe.

In der Diskussion im Ausschuß für Innere Verwaltung nahm der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jürgen Jentsch, Gelegenheit, den an diesem Tag eingesetzten Polizeibeamten und -beamtinnen zu danken, weil — wie auch das Ministerium festgestellt habe — alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Polizeibehörden und -einrichtungen bis an die Grenzen der Zumutbarkeit belastet waren. Für die Einsatzbeamten müsse es großen Frust gewertet werden, daß die Besetzer ohne Feststellung ihrer Personalien den Ort verlassen konnten. So etwas dürfe nicht mehr vorkommen, so Jentsch, und Pannen bei der Lageeinschätzung müßten vermieden werden.

Heinz Paus, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, kritisierte außerdem, 30 Kurden, die — wahrscheinlich irrtümlich — in den Landtag eingedrungen waren, hätten unbehelligt das Parlamentsgebäude verlassen dürfen, weil sie angekündigt hatten, sonst ebenfalls vor dem Konsulat aufzumarschieren. Er fragte nach Konsequen-

zen, da sich die Polizeiführung vor Ort als nicht fähig erwiesen habe, den Hinweis aus dem Ministerium auf die Erlaßlage umzusetzen.

Staatssekretär Wolfgang Riotte (Ministerium für Inneres und Justiz/seit 1. März wieder Innenministerium) beklagte, für die Behörden sei wegen der großen Mobilität und der vielfältigen Kommunikationsmöglichkeiten der PKK nur wenig vorhersehbar gewesen — man sei darum höchst interessiert, mehr über die Logistik der PKK in Erfahrung zu bringen. Schwierigkeiten hätten sich auch daraus ergeben, daß in Europa PKK-Aktionen nur in der Bundesrepublik Deutschland verboten wären. Frankreich zum Beispiel habe zwar die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) verboten, dieses Verbot aber nicht durchgesetzt.

Auf die Frage von Frank Baranowski (SPD) nach Erkenntnissen über Planungen der PKK und Steuerung aus dem benachbarten Ausland antwortete der Staatssekretär, aus den zugänglichen Informationen gehe nicht hervor, daß es sich um eine zentral gesteuerte Aktion gehandelt habe. Die PKK-Leitung sei auch nicht in der Bundesrepublik angesiedelt. Aber nach den Ereignissen habe sich der Eindruck verdichtet, daß sich die Zentrale dafür einsetzt, weitere Gewaltaktionen zu vermeiden. Aus den Geschehnissen könne niemandem ein Vorwurf gemacht werden. Allerdings hätten Griechenland und die Türkei schon zum Schutz eigener Einrichtungen bereits zu einem frühen Zeitpunkt ihre Informationen weiterleiten müssen.

Auf die Frage von Hans-Peter Meinecke (SPD) nach beschleunigten Strafverfahren meinte der Staatssekretär abschließend, in Düsseldorf habe es dazu keine Gelegenheit gegeben und in Köln sowie Bonn habe die Beweislage nicht ausgereicht. Zugestandenmaßen müsse die Staatsanwaltschaft in diesem Zusammenhang noch einige Fragen beantworten. *Wolfgang Fröhlecke*



Mit Vertretern der Galopp- und Trabrennvereine in Nordrhein-Westfalen führte die CDU-Landtagsfraktion ein Gespräch über die Zukunft der elf Rennvereine in Nordrhein-Westfalen. Insgesamt sind zur Zeit fast 2000 Vollzeitarbeitsplätze im Bereich Zucht und Rennen vorhanden. Darüber hinaus sind weitere 2000 Teilzeitarbeitskräfte beschäftigt. Die Pferdesportexpertin der CDU-Fraktion, Anne-Hanne Siepenkothen, unterstrich die Bedeutung des Rennsports für Freizeit und Erholung. Das Gespräch leitete die sportpolitische Sprecherin, Dr. Annemarie Schraps (M.).



Die Ausstellung „Museums- und Ausstellungstechniker“ hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt am vergangenen Mittwoch im Foyer des Landtags eröffnet. In seiner Ansprache wies der Präsident (am Pult) darauf hin, seit August 1995 werde am Hans-Schwieger-Berufskolleg der Stadt Gelsenkirchen in Zusammenarbeit mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe der erste Ausbildungslehrgang zum staatlich geprüften Museums- und Ausstellungstechniker angeboten. Mit der Einführung dieses Aufbaulehrgangs sei die Definition eines neuen Berufsbildes auf dem Gebiet der Restauratorenausbildung gelungen, wie sie von Museen und Privatunternehmen bereits seit Jahren gefordert worden sei. Der Präsident erinnerte an die intensiven Bemühungen des Kulturausschusses des Landtages, der 1993 die Restauratorenwerkstatt des Landschaftsverbandes Westfalen Lippe im Gelsenkirchener Schloß Lüttinghof besucht und eine „deutliche Ungeduld“ zu Protokoll gegeben habe, weil es seit 13 Jahren nicht gelungen sei, ein klar definiertes Berufsbild und eine Ausbildungsordnung für eine Tätigkeit zu schaffen, die die Zeugnisse kulturellen Erbes vor dem Zerfall schützen solle. Bis dahin habe sich jeder „Restaurator“ nennen können. Der Unmut der Kulturfraktion des Landtags habe Früchte getragen. Die praxisorientierte Ausbildung am Hans-Schwieger-Kolleg in Gelsenkirchen und am Museumsamt des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe vermittele ein breitgefächertes Wissensspektrum, das den modernen Anforderungen an die Erhaltung des kulturellen Erbes optimal gerecht werde. So gehöre die Vermittlung von personal- und betriebswirtschaftlichen Kenntnissen ebenso wie der sachgerechte Umgang mit und die Präsentation von Kunstobjekten zum Standardrepertoire des zweijährigen Vollzeitbildungsgangs eines staatlich geprüften Technikers der Fachrichtung Museums- und Ausstellungstechnik. Schulministerin Gabriele Behler (SPD) unterstrich, mit dem neuen Ausbildungsgang habe das Gelsenkirchener Berufskolleg seine einzigartige Stellung dokumentiert. Es habe sich inzwischen einen Ruf, weit über die Landesgrenzen hinaus, erworben. Das Bild zeigt links neben dem Präsidenten den Abgeordneten Oliver Wittke (CDU), rechts von ihm die Ministerin sowie die Abgeordneten Frank Baranowski, Hans Frey und Ellen Werthmann (alle SPD). Foto: Schälte

Buch über Gnoß beim Landtag zu beziehen

Aus der Schriftenreihe des Landtags ist der Band 11 mit dem Titel „Ernst Gnoß – Widerstand und Wiederaufbau“ jetzt erschienen. Er kann beim Referat Öffentlichkeitsarbeit des Landtags, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf, bezogen werden.

Der TÜV Rheinland hat zu einem Parlamentarischen Abend im Landtag eingeladen, zu dem sich zahlreiche Abgeordnete und Journalisten einfanden (Bild unten). Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (r.) wies bei seiner Begrüßung gut gelaunt darauf hin, sein Dienstwagen des Landtags sei der erste gewesen, der vor Jahren einer Abgassonderuntersuchung unterzogen worden sei. Das Ergebnis: Alles in Ordnung. Von Seiten der Landesregierung nahm der stellvertretende Ministerpräsident und Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE, M.) an der Begegnung teil. Gastgeber war der Vorsitzende der Vorstände der Unternehmensgruppe TÜV Rheinland-Berlin und Brandenburg, Professor Dr. Ing. Bruno O. Braun (l.).

Foto: Schälte

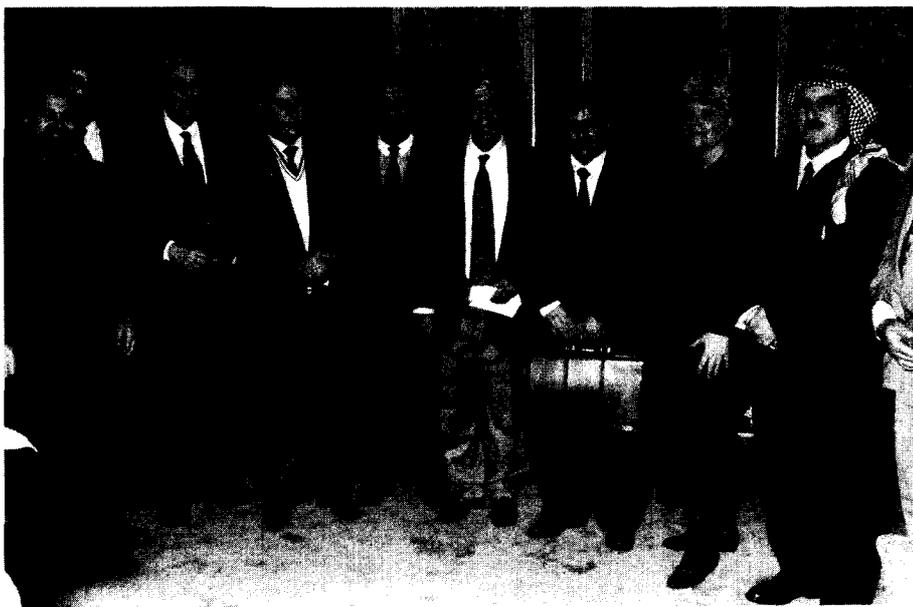


Wirkungsanalyse

Der Hauptausschuß unter der Leitung des amtierenden Präsidenten Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) hat als federführender Ausschuß den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen – hier: Verankerung der Wirkungsanalyse in der Landesverfassung in einer Beschlußempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN abgelehnt (Drs. 12/3716).

Staatsverträge

Der Hauptausschuß hat den Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu drei Staatsverträgen einstimmig gebilligt. Die Staatsverträge sehen die Zugehörigkeit der Wirtschaftsprüfer und der vereidigten Buchprüfer des Landes Brandenburg, des Freistaates Thüringen und des Landes Schleswig-Holstein zum Versorgungswerk der Wirtschaftsprüfer und vereidigten Buchprüfer im Lande Nordrhein-Westfalen vor. Der Hauptausschuß befaßte sich auf seiner Sitzung am 25. Februar mit den Staatsverträgen, die zwischen den drei Bundesländern und dem Land Nordrhein-Westfalen geschlossen werden (Drs. 12/3717).



Eine palästinensische Parlamentarierabordnung unter der Leitung von Dr. Hussein Alaraj (3. v. r.) hat Landtagsvizepräsidentin Dr. Katrin Grüber (2. v. r.) im Landtag empfangen. Sie hatte die Politiker aus dem Nahen Osten auch in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende der Deutsch-Palästinensischen Parlamentariergruppe eingeladen. Das Thema, das bei dem Treffen zur Diskussion stand: Kommunale Selbstverwaltung im föderalen System – öffentliche Finanzen. Dem Gespräch wohnten auch Erster Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (3. v. l.) sowie der Abgeordnete der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Jamal Karsli (l.), bei.

Foto: Schälte

Oberpräsident in Westfalen und Mann der ersten Stunde im Landtag

Gronowski verurteilte politischen Radikalismus

Im Februar diesen Jahres jährte sich der Geburtstag von Johannes Gronowski zum 125. Mal, einem Mann der ersten Stunde im nordrhein-westfälischen Landtag.

Johannes Gronowski, Arbeiter- und Parteisekretär, Oberpräsident, Parteiführer und Landtagsabgeordneter orientierte sich als Praktiker stets an den konkreten menschlichen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger.

Am 04. Februar 1874 wurde Johannes Franz Gronowski in der westpreußischen Kreisstadt Graudenz geboren. Der Vater verstarb noch vor seiner Geburt. Bereits als Kind mußte Gronowski nach der Schule und während der Ferien auf einem Bauernhof Geld verdienen. Nach Beendigung der Volksschule zog es ihn nach Berlin, wo er eine Lehre als Maschinen- und Bauschlosser erfolgreich abschloß. Ihm war der Glaube an Gott sehr wichtig, so daß er sich, so oft wie es ging, für den Kirchgang von der Arbeit befreien ließ. Die anschließenden Wanderjahre führten ihn nach Dortmund, wo er bei der Eisenbahn als Maschinenschlosser Arbeit fand. In Abendkursen bildete er sich fort und schloß sich der katholischen Arbeiterbewegung an, bei der er sich später intensiv betätigte.

1904 heiratete Johannes Gronowski Sophie. Aus ihrer Ehe gingen fünf Kinder hervor. Durch Abendkurse im „Volksverein für das katholische Deutschland“ sammelte er politische Erfahrungen und gab sie an andere Interessierte weiter. Die Bereitschaft, Wissen und Erfahrung an andere weiterzuleiten, fand insbesondere in der Gründung des ersten „Volksbüros“ ihren Ausdruck. Hier wurden Arbeiter in arbeitsrechtlichen Fragen beraten. Im April 1902 übernahm Gronowski schließlich die Leitung des Dortmunder Arbeitersekretariats, einer Institution zur Vertretung von Interessen katholischer Arbeitnehmer. Hier leistete Gronowski Pionierarbeit, da sich in Dortmund sozialistische Arbeitnehmerschaften gut organisiert hatten.

In Dortmund knüpfte er auch die ersten Kontakte zur Zentrumspartei. Hier ließen sich katholische Verbandstätigkeit und parteipolitisches Engagement miteinander verbinden. Die Kommunalpolitik sollte allerdings nur ein Sprungbrett für die parteipolitische Karriere Gronowskis sein.

Mit 31 Jahren wurde er als einer der jüngsten Abgeordneten in die Dortmunder Stadtverordnetenversammlung gewählt. 1906 gründete er in Dortmund den ersten katholischen Arbeiterverein, nur zwei Jahre später folgte die Berufung zum Dortmunder Parteisekretär der Zentrumspartei.

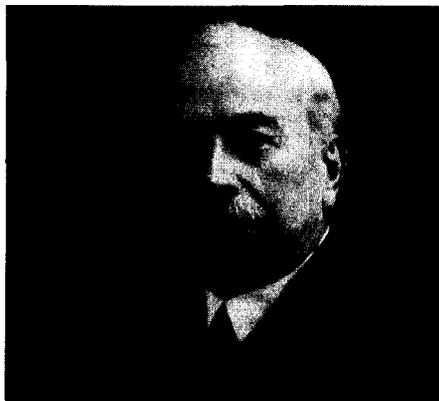
Er war kein Theoretiker, sondern empfindsam für konkrete wirtschaftliche und soziale Probleme. Dieser Eigenschaft und seinen sonstigen politischen Fähigkeiten verdankt er sicherlich auch den vorläufigen Höhepunkt als Politiker: Die Wahl ins Preußische Abgeordnetenhaus. Der Erfolg bei der Stich-

wahl gegen den Kandidaten der nationalliberalen Partei ergab sich sicherlich auch aus seiner großen Popularität bei den Arbeitern. Die Kölnische Zeitung nannte ihn „den Arbeiterabgeordneten“.

In Berlin überzeugte er durch Sachkompetenz, seine Stärken lagen in der parlamentarischen Debatte. In Fragen der Lohn- und Rentenpolitik gab es nicht selten polemische und scharfe Zwischenrufe von ihm. Als entschlossener Gegner der sozialistischen Klassenkampfideologie beschäftigte er sich als Abgeordneter speziell mit leistungsbezogener Lohnpolitik, Arbeitszeitverkürzung und bessere Versorgung im Rentenalter.

Trotz seiner Auffassung von der SPD als Umsturzpartei, galt Johannes Gronowski eher als gemäßigter, auf Ausgleich bedachter Politiker. Er verurteilte politischen Radikalismus und nationalistische Übersteigerungen, die auch in seiner eigenen Partei zu beobachten waren.

Nach dem Ersten Weltkrieg beteiligte sich Gronowski am Aufbau der neuen Staatsordnung. Er sah darin die Chance für längst überfällige politische und gesellschaftliche Reformen. 1919 wurde der mittlerweile profilierte Politiker zum stellvertretenden Vorsitzenden der Zentrumspartei in Deutschland gewählt, das Amt des Ministers für Volkswohlfahrt unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun lehnte er ab. Anstelle dessen nahm er als Abgeordneter im Westfälischen Provinziallandtag sein Mandat wahr.



Johannes Gronowski

Höhepunkt seiner bisherigen politischen Karriere war 1922 die Ernennung Johannes Gronowskis zum Oberpräsidenten des Westfälischen Provinziallandtages. Die Fraktion hatte ihn einstimmig vorgeschlagen, sein anfängliches Zögern konnte dem Drängen der Parteifreunde nicht lange standhalten.

Einer harten Bewährungsprobe mußte sich der neue Amtsinhaber bereits 1923 unterziehen, da weite Teile der Provinz als Konsequenz der Niederlage im Ersten Weltkrieg von französischen und belgischen Truppen besetzt wurden. Als Reaktion konstituierte sich der „Westfälische Besatzungsausschuß“ auf Initiative Gronowskis am 8. Februar 1923. Dieser fungierte als Klärungsstelle für vor Ort auftauchende Probleme.

Den Anstieg nationalsozialistischer Wählerstimmen, besonders in bürgerlichen Kreisen, registrierte er mit Sorge. Der organisierten Arbeiterschaft attestierte er politische Reife. Im Spielraum seiner Kompetenzen als Oberpräsident konnte er lediglich antirepublika-

nische Kundgebungen und Zeitungen, die Hetzartikel gegen den Staat veröffentlichten, verbieten.

Er unterstützte die Politik von Reichskanzler Heinrich Brüning, zu dem er ein vertrauensvolles Verhältnis hatte. Mit der Demissionierung Brünings als Reichskanzler und der Kanzlerschaft Franz von Papens schienen auch die Tage Gronowskis als Oberpräsident gezählt. Da aber der potentielle Nachfolger Hermann Pünder aus Respekt ablehnte, ließ man Gronowski bis Erreichung der Pensionsgrenze im Amt.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 übernahm Hermann Göring das Reichsinnenministerium. Ausgelöste Konflikte, unter anderem durch verschiedene Parteizugehörigkeit, waren abzusehen.

Ein nicht ausgeführter Befehl veranlaßte Göring im Februar 1933, Gronowski in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. Nach eigener Aussage hatte Gronowski einen ungerechten Befehl von Reichsinnenminister Göring nicht befolgen können, die Zentrums Presse zu verbieten.

Es folgten Verleumdungen in der NS-Presse und Drohungen der SA. Johannes Gronowski verließ Münster und zog nach Köln. Während der NS-Diktatur entzog er sich jeglicher politischer Betätigung, um seine Familie nicht zu gefährden.

Nach einem Volltreffer auf sein Haus zog er mit seiner Familie nach Paderborn, erlitt aber im neuen Heim erneut einen Volltreffer. Zwei Jahre vor Kriegsende verlor er seine Frau, das Kriegsende erlebte er im Lazarett.

Ab 1945 wurde Gronowski wieder politisch aktiv. Das Amt des Oberpräsidenten lehnte er aus Alters- und Krankheitsgründen ab. Statt dessen schloß er sich der christlich-demokratischen Partei in Paderborn an. Auf dem Gründungsparteitag der CDU am 2. September 1945 in Bochum wurde der mittlerweile 71jährige in den Vorstand der Partei gewählt. Grund der Entscheidung für die CDU war, daß man nicht wieder dort anfangen könne, wo man 1933 aufgehört habe. Eine Wiedergründung der Zentrumspartei hielt er daher für nicht sinnvoll.

Im Alter von 73 Jahren übernahm er auf Druck seiner Partei den CDU-Vorsitz des Landesverbandes Westfalen.

1946 wurde Johannes Gronowski von der britischen Militärregierung in den ersten nordrhein-westfälischen Landtag berufen. Dem ersten frei gewählten Parlament gehörte er ein Jahr später ebenfalls an.

Im Jahr 1948 konnte er neben dem Sozialdemokraten Carl Severing auf eine 40jährige Tätigkeit als Abgeordneter zurückblicken. Kamen sie beide aus verschiedenen Parteien, so war ihnen doch die Eigenschaft gleich, politisch-soziale Probleme praktisch und nicht theoretisch anzugehen. Für die folgende Wahlperiode kandidierte Johannes Gronowski nicht mehr, kehrte aber über die Reserveliste 1953 in den Landtag zurück.

Johannes Franz Gronowski starb am 27. August 1958 im Alter von 84 Jahren an einem schweren Herzleiden. Er bekannte sich stets zum demokratisch-parlamentarischen System, als Praktiker orientierte er sich stets an konkreten Bedürfnissen. Ob als Arbeiter- und Parteisekretär, Oberpräsident oder Landtagsabgeordneter, Johannes Gronowski legte keinen großen Wert darauf, daß dies im Rampenlicht der Öffentlichkeit geschah.

Carsten Glose

SPD-Fraktion

In NRW ist die Reform der Ministerbezüge eingeleitet

Als einen wichtigen Schritt hin zu einer umfassenden Reform der Ministerbezüge und der Ministerversorgung bezeichnete Reinhard Grätz, Vorsitzender des Arbeitskreises Hauptausschuß der SPD-Fraktion, die Vorschläge seiner Fraktion zur Änderung des Landesministergesetzes. Reinhard Grätz: „Mit dieser Entscheidung haben wir ein deutliches Signal gesetzt: Künftig werden die Versorgungsansprüche der Regierungsmitglieder gesenkt, Zeiten, in denen ein Anspruch auf Ruhegehalt erworben wird, verlängert und ruhegehaltfähige Dienstzeiten aus vorangegangenen Tätigkeiten im öffentlichen Dienst bei der Ministerversorgung nicht mehr berücksichtigt.“ Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes gebe es für die Regierungsmitglieder nur noch eine auf einen Festbetrag gekürzte Dienstaufwandsentschädigung. „Auch die Diskussionen um die Zahlung von Übergangsgeldern an ehemalige Ministerinnen und Minister wird es künftig nicht mehr geben“, ist Reinhard Grätz sicher. „Auf das Übergangsgeld wird ab sofort jegliches Einkommen aus einer privaten Tätigkeit oder aus einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst angerechnet. Auch ein Verzicht auf Übergangsgeld, das im Grunde den Übergang vom Ministeramt in eine private berufliche Zukunft unterstützen soll, wird möglich.“ Die jetzt vorgesehene Novelle des Landesministergesetzes sei ein Zwischenschritt. Reinhard Grätz: „Auch Professor Hans Herbert von Arnim gehört der Versorgungsreformkommission der Länder Bayern und Nordrhein-Westfalen an. Ich erwarte daher weitergehende innovative Vorschläge, ob und wie die Bezüge der Regierungsmitglieder von den Beamtenbezügen entkoppelt werden oder Versicherungsmodelle an die Stelle eines staatlich gewährten Ruhegehalts treten können. Wird der Gestaltungsspielraum genutzt, kann die Kommission weit für alle Länder der Bundesrepublik Signale setzen.“

★

Der Arbeitskreis „Verkehr“ der SPD-Landtagsfraktion hat sich dafür ausgesprochen, die Standorte Köln und Münster für die Straßenbauverwaltung zu erhalten. Die heute schon sehr effektiven Strukturen der Straßenbauverwaltung sollten durch Eingliederung in die künftigen regionalen Dienstleistungszentren Köln und Münster gesichert und gestärkt werden. „Das entspricht zudem der von Ministerpräsident Wolfgang Clement und der SPD-Landtagsfraktion zugesicherten Sozialverträglichkeit der Verwaltungsmodernisierung“, begründete der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Heinz Hunger, das Beratungsergebnis seines Arbeitskreises. Die damit verbundene Verstaatlichung stärke die Straßenbauverwaltung. Der SPD-Arbeitskreis hob hervor, daß die Straßenbauverwaltung schon sehr umfangreich zu ihrer Modernisierung und zu effektiven Strukturen beigetragen habe. Die Straßenbauverwaltung profitiere heute von modernen betriebswirtschaftlichen Steuerungsmodellen und wirksamen Controlling-Systemen. Die positiven Ansätze würden durch die Beibehaltung der Standorte und die Verstaatlichung der Straßenbauverwaltung verstärkt, unterstrich Heinz Hunger.

CDU-Fraktion

Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen

Die CDU-Landtagsfraktion lehnt nach den Worten ihres Vorsitzenden Laurenz Meyer die Ausweitung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen auf neue Tätigkeitsfelder ab. „Minister Behrens hat deutlich gemacht, daß Landesregierung und SPD-Fraktion den Gestaltungsspielraum der Kommunen im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung deutlich ausweiten wollen. Anstatt durch eine Ausweitung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen die mittelständischen Strukturen in den Kommunen zu schwächen, sollten die Kommunen dem Beispiel der Industrie folgen und sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren“, erklärte Meyer im Pressedienst seiner Landtagsfraktion. Meyer wörtlich: „Die übrigen Aufgaben sollten im Wettbewerb von den kostengünstigsten privaten Anbietern übernommen werden. Für diese Ziele werden wir uns gemeinsam mit der Wirtschaft einsetzen.“ Die CDU-Landtagsfraktion fordert nach Meyers Worten die Landesregierung auf, „den § 107 der Gemeindeordnung nicht aufzuweichen, sondern ihn klarer und strikter zu fassen, in vollem Umfang anzuwenden und bei gesetzeswidriger wirtschaftlicher Betätigung der Kommunen unverzüglich einzuschreiten“.

Bonner Steuerpläne gefährden Arbeitsplätze in NRW

„Die Bonner Steuerpläne gefährden Arbeitsplätze in NRW. Sollte die rot-grüne Bundesregierung das Steuerentlastungsgesetz durchsetzen, gefährdet sie allein im Bereich der Braunkohle Tausende von Arbeitsplätzen. Wir befürchten, daß das neue Gesetz auch Auswirkungen für die Beschäftigten im nordrhein-westfälischen Steinkohlenbergbau haben kann“, teilten der CDU-Fraktionschef, Laurenz Meyer, und sein Landtagskollege, Fritz Kollorz, mit. Die CDU in Nordrhein-Westfalen lehne die Steuerpläne kategorisch ab, „weil die CDU, im Gegensatz zu Rot-Grün, Arbeitsplätze erhalten wolle“. Wenn Clement und die Landesregierung das gleiche Ziel verfolgten, müsse das Land NRW im Bundesrat „ein Zeichen gegen den Stellenabbau setzen und die Steuerpläne ablehnen“. Meyer und Kollorz forderten den Ministerpräsidenten auf, seiner Ankündigung, sich für die Energiewirtschaft einzusetzen, auch Taten folgen zu lassen: „Wenn Clement weiterhin nicht nur Ankündigungsminister sein will, muß das Land im Bundesrat gegen die Steuerpläne stimmen.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

DIE GRÜNEN-Fraktion

Landesstraßen: Substanzerhalt geht vor Neubau

In einem Gutachten für das Verkehrsministerium zum Erhaltungsbedarf der Landesstraßen wird festgestellt, daß mehr als 30 Prozent des Landesstraßennetzes in NRW in einem solchen schlechten Zustand sind, daß kurzfristig Maßnahmen erforderlich sind. Für die Strecken in „schlechtem“ und die Strecken mit „sehr schlechtem“ Zustand ermitteln die Gutachter einen dringenden Finanzbedarf „von rd. 135 Millionen Mark im Durchschnitt der nächsten fünf Jahre“.

Rund 4 000 km Landesstraßen stehen derzeit für eine effiziente Nutzung nur eingeschränkt zur Verfügung. Die Verkehrssicherheit ist zudem im erheblichem Maße gefährdet. Die letzten Wintermonate haben den schlechten baulichen Zustand der Landesstraßen noch einmal drastisch verschärft. Der Wechsel von Frost- und Tauwetter hat viele Straßendecken regelrecht gesprengt. Zusätzlich zu dem bereits seit langem bestehenden Nachholbedarf im Bereich der Straßensanierung müssen hier umgehend Maßnahmen ergriffen werden. Es ist beklagenswert, daß gerade diejenigen politischen Kräfte, die sich ansonsten für eine Optimierung und den Ausbau des Straßennetzes einsetzen, diesen dramatischen und eklatanten Zustand nicht oder nur am Rande thematisieren. Die vorhandenen Gutachten sind bisher keiner breiteren Öffentlichkeit bekanntgemacht worden. Die Gründe liegen auf der Hand. Man fürchtet eine Diskussion: Erhalt statt Neubau.

Sowohl die GRÜNE-Landtagsfraktion wie auch die Fraktionen in den Landschaftsverbänden haben die Entwicklungen im Bereich Straßenunterhalt in bezug auf den fortschreitenden Substanzverlust bereits seit längerem intensiv thematisiert. Dies hat vor allem ökonomische Gründe. Es macht keinen Sinn eine bestehende Straßeninfrastruktur im Land NRW verrotten zu lassen.

Unabhängig von parteipolitischen Unterschieden in der Diskussion um die richtige Prioritätensetzung zwischen Straßenbau und dem notwendigen Finanzbedarf für Infrastrukturdefizite bei Bus und Bahn ergibt sich bei einer sachlichen Analyse eine klare und vernünftige Konsequenz. Bei absoluter knapper Finanzlage des Landes müssen die wenigen Mittel für den Erhalt des bestehenden Straßennetzes eingesetzt werden.

Notwendig ist ein Sonderprogramm des Landes mit dem die Straßensanierung und der Substanzerhalt den dringenden notwendigen Vorrang erhält. Die Finanzierung kann aus einer Umschichtung aus dem Straßenneubautitel erfolgen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen hiermit Prioritäten setzen: Substanzerhalt geht vor den Neubau von Straßen.

Landesvertretung...

(Fortsetzung von Seite 9)

habe keine spezifische NRW-Aussage. Es sei auch nicht beabsichtigt und könne städtebaulich auch nicht erwünscht sein. Aus föderaler Bundestreue müsse man sich doch wohl wünschen, daß die Straße Unter den Linden der Boulevard in der Hauptstadt sein werde. Deshalb müsse sich die WestLB an dieser Stelle in die städtebaulichen Vorgaben Berlins einfügen. „Insofern ist unsere Entscheidungssituation vergleichsweise leicht.“ Wenn sich das Kabinett davon überzeugen lasse, daß einer der Entwürfe ein spezifischer Ausdruck dessen sei, was Nordrhein-Westfalen sei, dann könne man sagen, besser, man baue. Wenn es das nicht sei, werde man nach einer Lösung Ausschau halten, die zunächst einmal die ökologischen Vorzüge in den Vordergrund stelle. Büro- und Tagungsräume in Berlin zu bekommen, sei kein Problem, und da werde man sich nach dem besten Angebot richten. „Das ist die Entscheidungssituation.“

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Heinz Hardt, wollte nun wissen, ob das Kabinett nach repräsentativen Argumenten entscheiden werde, oder ob man von der Kostenseite an die Sache herangehe. Immerhin seien für das eine Projekt 28 Millionen DM veranschlagt, wohingegen ein anderes 48 Millionen DM kosten solle. Frohn berichtete, das Kabinett habe einen Kostenrahmen festgelegt. Der Landtag habe mit seinem Haushaltsbeschluß diesen Kostenrahmen bestätigt.

SPD-Sprecher Reinhard Grätz schnitt eine naheliegende und sehr gegenwärtige Frage an: „Gibt es schon eine konkrete Vorstellung, was aus unserer schönen Landesvertretung in Bonn wird?“ Der Chef der Staatskanzlei widerlegte Befürchtungen eines abrupten Endes. „Wir sind in einer schwierigen Transformationsphase von Bonn nach Berlin.“ Es gebe keinen Tag X, an dem „in Bonn die Sache zu Ende ist und in Berlin alles beginnt“. Er erinnerte daran, daß der Bundestag nach der Sommerpause umziehe, der Bundesrat aber erst im Jahr 2000. Frohn schloß: „Das macht schon erforderlich, daß wir in dem Zeitraum von 1999 bis 2000 an beiden Standorten präsent sind.“

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender
Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat Edgar Moron MdL (SPD), Par-
lamentarischer Geschäftsführer, Heinz Hardt MdL
(CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Ute Koczy (GRÜNE), Hans-Peter Thelen (SPD),
Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Presse-
sprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Presse-
sprecher
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Ver-
lag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154
Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend her-
gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Kinder mit dem familiären Hintergrund haben es nicht leicht, die eng gesteckten Dorfzäune zu überspringen. Hedwig Tarner, zweitältester von vier Sprößlingen sogenannter kleiner Leute vom (Münster-)Lande hat es geschafft. Vater: Fabrikarbeiter, schon mit 48 Frührentner. Mutter: Hüterin des Hauses, die heute noch in dem Bett schläft, in dem sie einst geboren wurde.

Es ging bescheiden zu im Hause Tarner. Hedwig mußte selbstverständlich die Pullover der älteren Schwester auftragen. Die Möglichkeiten waren auch in nicht finanzieller Sicht beengt. Hedwig durfte erst im dritten Schuljahr Hosen anziehen, mußte indes, dem Dorf- und Elternhaus-Gebot angeblicher Mädchen-Schicklichkeit gehorchend, einen Rock darüber tragen.

Mit 15 Jahren machte die Warendorferin eine Lehre als Bürokauffrau, schloß sich der IG Metall an und erlebte dort zum ersten Mal SPD-Genossen der alten Schule: Man nahm das junge Ding, Jahrgang 1960, nicht ernst. Es ging jedoch seinen zweiten Bildungsweg bis zum Abitur, engagierte sich als sachkundige Bürgerin bei der 84er Kommunalwahl in Warendorf, kam in den Stadtrat und stieß erst später, 1989, als Mitglied zu den GRÜNEN.

Damals war Hedwig Tarner eine Linke. Heute antwortet sie spontan und beherzt „nein“ auf die Frage, ob sie noch immer links sei. Frau Tarner zählt sich zu den Realpolitikern der Partei: Politische Theorie ist ihr wichtig, aber sie müsse umsetzbar sein. Die Parlamentarierin legt Wert darauf, daß die Menschen nach fünf Jahren „Rot-Grün“ sagen können, das sei etwas Anderes, Besseres gewesen als „Rot pur“.

Sympathisch wirkt, daß Hedwig Tarner nicht zu der Sorte gesellschaftlicher Aufsteiger zählt, die ihrer Heimat schnöde den Rücken kehren. Sie ließ sich weder blenden noch verbiegen, das „Non degenerabo“ des Dorfjungen Theo Waigel könnte auch ihr Lebensmotto sein. Hedwig Tarner ist sich ihrer Verwurzelung im Westfälischen bewußt. Sie denkt nicht daran, auch nur einen Wurzelstrang abzutrennen.

Das Studium der Geographie hat sie ein wenig verbummelt, fast möchte man sagen: zwangsläufig. Denn 1987 kam der Sohn zur Welt. Das Stipendium reichte nicht, die junge Mutter und Studentin mußte zusätzlich Geld verdienen. Mit dem Kindesvater hat sie ein offenbar wohlgelegenes Arrangement getroffen: Der Knabe wird mal beim Vater, mal bei der Mutter erzogen, erlebt so die Eltern auch bei der Fron des Alltags und nicht nur im Sonntagsstaat.

Selbstkritische Wehmut kommt auf, wenn Frau Tarner von den Zetteln erzählt, welche der Sohn ihr manchmal im Büro hinterlegen läßt. Da steht dann beispielsweise drauf, die Mutter habe wieder keine Zeit für Schularbeitshilfe gehabt. Das mühselige Pendeln zwischen Warendorf und Landtag Düsseldorf, die politische Arbeit und das Kümmern ums Kind — alles zusammen sei das schon heftig, sagt Hedwig Tarner. Dennoch möchte sie gern auch noch die nächste Legislaturperiode im Landtag arbeiten. Lieber wäre ihr aber wohl — auch aus privaten Gründen —, die Bürger ihres Wohnortes wählten sie im Spätsommer zur Bürgermeisterin. Sie wird kandidieren. Eine reine Zählkandidatur sei das nicht, meint sie mit dem Schuß an Selbstsicherheit, den sie im Gespräch Minuten zuvor hatte vermissen lassen.

*Ob sie sich ein Regierungsamt zutraue? „Wis-
sen Sie, ich hab' viele Defizite, zum Beispiel
bei sprachlichen Formulierungen. Ich hab' bei-*



Hedwig Tarner (GRÜNE)

spielsweise erst in der Grundschule gelernt, Hochdeutsch zu reden, meine Mutter wechselt heute noch mir und mich.“ „Aber“, sagt der Gesprächspartner, „man kann doch viel dazulernen, wofür Sie selbst ein Beispiel sind“. „Sie haben recht, man kann manches lernen, aber ich bin halt Westfälin und deshalb etwas langsam.“

So sehr Hedwig Tarner ihr Westfalen-Sein gerne betont: Im Vergleich mit den aus ihrer Erfahrung fixeren Rheinländern empfand sie ihre etwas größere Übersetzung, ihre vielleicht fehlende Schlagfertigkeit auch schon einmal als hinderlich; was nie zu Grübeleien geführt hat. Hedwig Tarner sagt sich: Ich bin wie ich bin.

Genauso offen, wie sie über ihre wirklichen oder eingebildeten Defizite spricht, räumt die GRÜNE ein, daß sich das Fraktionsmitglied einer Regierungspartei nach der politischen Decke zu strecken habe.

In politischen Dingen sucht sie Bodennähe. Von Verkehrs-, Raumordnungspolitik versteht sie etwas. „Da bin ich fit.“ Frau Tarner geht gerne systematisch an Probleme heran, strukturiert und ordnet sie, und ist zum Erstaunen des elfjährigen Filius von mathematischen Dingen fasziniert.

Als GRÜNE singt sie das Hohelied des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs besonders laut. Nicht immer sei es richtig, ein von Autolärm belästigtes Dorf durch Ortsumgehungsstraßen zu entlasten. Da müsse zunächst an andere, billigere, administrative oder bauliche Maßnahmen (Lärmschutzwälle/Pförtnerampeln) gedacht werden. Straßen gebe es grundsätzlich genug im Land, behauptet sie und setzt hinzu: „Das heißt nicht, daß man nicht an der einen oder anderen Stelle was machen muß.“

*Die junge Frau, der es manchmal leidtut, nicht Lehrerin geworden zu sein, liest gerne Reiseli-
teratur. Einmal erst in ihrem Leben hat sie Europa verlassen — bei der Reise des Städtebauausschusses nach Kanada im Vorjahr. Seit 20 Jahren macht sie Urlaub in den Pyrenäen. Im Sommer geht's zum schwedischen Vätters-
see — zur bekannten Rennradtour. Hätte Hedwig Tarner einen Reisewunsch frei, entscheide sie sich für Fernost (mit dem Rad nach Peking!) und von Wladiwostok aus mit der legendären Transsibirischen Eisenbahn zurück.*

Reinhold Michels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 25. bis 31. März 1999

- 25.3. **Gabriele Behler** (SPD), 48 J.
 26.3. **Irmgard Schmid** (SPD), 54 J.
 29.3. **Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU), 64 J.
 30.3. **Marie-Luise Fasse** (CDU), 51 J.
 30.3. **Helmut Diegel** (CDU), 43 J.
 31.3. **Professor Dr. Manfred Dammeyer** (SPD), 60 J.
 31.3. **Ulrich Schmidt** (SPD), 57 J.



Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD), Fraktionsvorsitzender, begeht am 31. März seinen 60. Geburtstag. Der Politiker wurde 1939 in Hausberg a. d. Porta geboren, machte 1958 Abitur, studierte Sozialwissenschaften und Erziehungswissenschaften und schloß 1963 mit dem Diplom-Sozialwirt ab. Die Promotion erfolgte 1979. Manfred Dammeyer leitete als jüngster Direktor in der Bundesrepublik die Volkshochschule Oberhausen bis 1975. Er ist Honorarprofessor für Politische Wissenschaften an der Universität/Gesamthochschule Duisburg. Von 1995 bis 1998 war er Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten. Der SPD gehört er seit 1957 an. Dem Landtag gehört er seit 1975 an. Im Februar 1998 wählte ihn der Ausschuß der Regionen der Europäischen Union zum Vorsitzenden. Seit November 1998 führt er als Vorsitzender die SPD-Landtagsfraktion.



Ruth Hieronymi (CDU), medienpolitische Sprecherin und Sprecherin der CDU-Fraktion im Hauptausschuß, kandidiert für das Europäische Parlament bei der Europawahl am 13. Juni. Sie ist Kandidatin der CDU-NRW auf dem aussichtsreichen Platz 6 der Landesliste und vertritt die Region Mittelrhein, die die Städte Köln, Leverkusen, Bonn und die Landkreise Rhein-Sieg und Erftkreis umfaßt. Frau Hieronymi war von 1975 bis 1990 Mitglied im Rat der Stadt Bonn. Seit 1985 vertritt sie als direkt gewählte Abgeordnete ihre Heimatstadt Bonn im Landtag. Sie ist das einzige Landtagsmitglied, das für das Europäische Parlament kandidiert. Ruth Hieronymi will nach eigenen Worten ihre kommunal- und landespolitischen Erfahrungen, besonders für eine bürgernahe Europäische Union, einbringen.



Christiane Bainski (GRÜNE) ist auf Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als ordentliches Mitglied in den ständigen Ausschuß gemäß Artikel 40 der Landesverfassung gewählt worden. Die Nachwahl war durch das Ausscheiden der Landtagsabgeordneten **Gisela Nacken** (GRÜNE) erforderlich geworden. Als stellvertretendes Mitglied wählte der Landtag den Abgeordneten **Johannes Rimmel** für das bisherige stellvertretende Mitglied **Ute Koczy**.



Johannes Rau (SPD) früherer Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, hat zum Besuch des 28. Deutschen Evangelischen Kirchentages vom 16. bis 20. Juni in Stuttgart aufgerufen. Das Laientreffen, so die Begründung Raus, biete kurz vor dem Jahrhundertwechsel Gelegenheit, alle Fragen der Zeit zur Sprache zu bringen.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Hochwasser ist inzwischen alljährlich zum Regelfall geworden. Anhaltende Regenfälle sowie die Schneeschmelze im ausgehenden Winter lassen die Flüsse über die Ufer treten. Städte wie Düsseldorf sind dabei noch – im doppelten Sinne – in passabler Lage. Die breiten, unbebauten Rheinwiesen am Strom lassen das Wasser bis zu den Deichen auslaufen. Eindrucksvoll dabei die Szenerie: Der Rhein wird zur Wasserwüste. Das Bild oben wurde aus dem Landtag heraus aufgenommen, wobei das Landesparlament seinen Schatten auf den Rhein wirft. Mit dem ökologischen Hochwasserschutz muß sich angesichts der katastrophalen Hochwasser der letzten Jahre zunehmend die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten/Landesamt für Agrarordnung Nordrhein-Westfalen befassen. Die Hochwasser sind Folge der Begradigung, Verrohrung und Eindeichung vieler der 60 000 Kilometer langen Flüsse und Bäche in NRW und der Vernichtung der Hochwasser zurückhaltenden Gewässerauen. Die LÖBF und ihre acht Ämter für Agrarordnung arbeiten an der Erhaltung und Wiederherstellung natürlicher Flußlandschaften, um Hochwasserschäden künftig so gering wie möglich zu halten, die Wasserqualitäten der Flüsse durch verbesserte Selbstreinigungskraft zu erhöhen und Pflanzen und Tieren in den Auen Lebensräume zu schaffen wie am Bienener Altrhein auf dem Bild unten. 1998 wurden von den Agrarordnungsämtern acht Bodenordnungsverfahren mit über 2 000 Hektar zur Flächenbereitstellung und zur Durchführung baulicher und landschaftspflegerischer Maßnahmen in den Auen eingeleitet. Schwerpunkte waren dabei die Ems, Lippe und Altarme des Rheins. Fotos: LÖBF/LAFAO-Schälte

